

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expeditionen: Neue Opernstr. 1/4, aus nachfolgenden zu beziehen. Preis wöchentlich 20 Pf. 2.50, pro Quartal 60 Pf. 7.50, pro Jahr 2.00 bezogen 20 Pf. 2.50. Post und Porto 20 Pf. 2.50. Ad. Adress: 1008 am Odepl. 2.50.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expeditionen: Neue Opernstr. 1/4, aus nachfolgenden zu beziehen. Preis wöchentlich 20 Pf. 2.50, pro Quartal 60 Pf. 7.50, pro Jahr 2.00 bezogen 20 Pf. 2.50. Post und Porto 20 Pf. 2.50. Ad. Adress: 1008 am Odepl. 2.50.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 260.

Donnerstag, den 5. November 1908.

19. Jahrgang.

### Ein Säuglingsheim in Breslau.

Ein Kapitel zu den Stadtverordnetenwahlen.

Unter gewaltigem Schneberengbeng und Schlingbada feterte das patriotische Preußen vor zwei und einem halben Jahre die Silberhochzeit seines „erlauchten Adnigspaars“, und rings im Lande stifteten die getreuen Untertanen teils kostspielige Geschenke, teils gemeinnützige Anstalten zur Feler des Tages und zu Ehren des silbernen Paars. Da die Kosten für beides aus den Mitteln der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen, war es ohne weiteres zu erwarten, daß die Stadtverwaltung die letztere der beiden Ehrungsarten wählte und so einem Institut zum Leben zu helfen versuchte, das man in deutschen Kommunen allerdings auch ohne silberne Hochzeiten einrichten sollte — ein Heim zur Aufnahme, Wartung und Pflege eventuell auch Heilung armer Säuglinge!

Das Bedürfnis für eine solche gemeinnützige Anstalt ist in Breslau dringender als anderswo. Unter den deutschen Großstädten steht Breslau in der Statistik der Säuglingssterblichkeit an ungünstigster Stelle. In einer Zeit, da in anderen Gemeinden, dank sozialpolitischer Vorbeugungsmaßnahmen die Zahlen der Sterblichkeit schon langsam kleiner wurden, stieg sie bei uns noch von 25 auf 33 Prozent. Wenn diese letztere Zahl in den allerletzten Jahren sich etwas günstiger gestaltet, ohne uns allerdings aus der untersten Stelle zu erheben, so ist das vielleicht mit einer Folge der anderen reformatorischen Maßnahmen auf diesem Gebiete, der Milchküchen, des Kinderhort, der privaten Hilfestellungen und der wachsenden Aufklärung in der Behandlung und Ernährung des Säuglings. Keine dieser Maßnahmen ist für sich allein wirksam genug, und alle zusammen können nicht erzielen, was eine gesteigerte Lebenshaltung der Arbeiterklasse überhaupt, eine kürzere Arbeitszeit der Frauen im ganzen Jahre und eine Befreiung von aller gewerblichen Arbeit während der Schwangerschaftswochen und der ersten Mutterschaftswochen auf diesem Gebiete besser würden. Aber so lange wir nicht alles durchsetzen können, was zur Abstellung vorhandener Uebelstände führt, nehmen wir jede Teilzahlung hin, welche den augenblicklichen Zustand etwas günstiger gestaltet.

Eine solche Einzelmaßnahme gegenüber einem Volksübel soll das Säuglingsheim werden, welches der Magistrat nach zweijähriger Pause in seinen Spezialplänen der Stadtverordneten-Versammlung kürzlich vorlegte. Von 360,000 Mark, die in patriotischer Begeisterung zur Silberhochzeit

ohne eine Miene zu verziehen bewilligt worden waren, ist das Projekt auf 500,000 Mark Kostenbetrag angewachsen. Ohne Luxus und unnütze Aufwendungen! Im Gegenteil, medizinische und Bauachverständige beider politischen Richtungen im Stadtparlament versicherten, daß kein Stein zu viel aufgesetzt werden soll, daß das Institut mit dieser Summe nur eben eine moderne Kinderheimstätte werden wird, die in jeder Beziehung den Anforderungen entspricht, die man heute an eine solche Anstalt stellen muß. Der Oberbürgermeister verteidigte — eine seltene Erscheinung — mit allgemeinen sozialen Argumenten das Institut, das zu errichten nunmehr doch eine moralische Pflicht sei. Herr Stadtrat Peterson fügte dem die speziellen Beweggründe der Armenverwaltung hinzu, die aus ihrem Arbeitsfelde heraus die Einrichtung eines Säuglingsheimes als dringend notwendig erkannt hat. Ein Teil des Verdienstes, die städtischen Behörden der endlichen Verwirklichung des Planes geneigt gemacht zu haben, gebührt auch der Breslauer Ortsgruppe des Bundes für Mutterschutz, der in anerkannter Weise die wahren Ursachen der Säuglingssterblichkeit aufzählte und vermöge seiner bürgerlichen Zusammensetzung manchmal schneller das Ohr der Männer vom städtischen Amt findet als die berufenen Wortführer der sozialdemokratischen Arbeiterklasse. Kurzum: alle, die von diesen Dingen etwas verstehen, empfahlen das erweiterte Projekt des Magistrats.

Nun hatten die Herren von den rechtsstehenden Parteien, die eben erst durch den 10,000 Mark-Antrag Rücksicht ihr so warmes Herz für's Volk bekunden wollten, eine doppelte Gelegenheit zur Bekämpfung dieses warmen Herzens. Sie konnten alljährlich einer Anzahl in ihrer Existenz gefährdeten Säuglingen der unbemittelten Klassen das Leben retten helfen und nebenbei beweisen, daß ihr Silberhochzeit-Patriotismus nicht von Pappe war, sondern von lauterem Golde. Aber siehe da: als die Geschichte etwas kosten sollte — da verfiel Patriotismus und Volksfreundschaft wie der Ballon Hergesell im Nebel und die Herren um Finger, die bei der Silberhochzeit so led den Finger hoben, steckten ihn tief in den Hosensack, als sie die Moneten bewilligen wollten. Von wegen der „Sparfamkeit“, die sie üben wollen — natürlich immer nur dann, wenn es sich um ein Stück kommunaler Sozialpolitik handelt!

Nur mit einer einzigen Stimme Mehrheit konnte in den Ausschüssen am gestrigen Dienstag das Säuglingsheim bis ins Plenum gerettet werden. Wer sind die volksfreundlichen Gelden, die es wagen, den Wählern Freundschaft vorzuschmecken, und im geheimen Kämmerlein ohne mit der Wimper zu zucken und ohne ein Wort der Verteidigung zu wagen, deren Interessen verraten? Wer sind sie?

### Durchweg Stadtverordnete der 3. Klasse!

Zu denen, die ein Säuglingsheim für Breslau zu teuer finden, gehören die Stadtverordneten Welde im 23. Bezirk, Klose im 25. Bezirk, Carbons im 30. Bezirk, Finger im 31. Bezirk, Katsch im 34. Bezirk und Tscherner im 27. Bezirk.

Es ist notwendig, diesen Volksfreunden noch vor der Wahl die Masse vom Gesicht zu reißen. Sie selbst und ihre Parteifreunde häusieren jetzt mit einem Flugblatt, in dem von der unfruchtbaren Arbeit der Sozialdemokraten gesprochen wird, indessen gehen sie hin und suchen die positive Arbeit zupacken zu machen. Sie verstehen darunter „Sparfamkeit“, wenn sie Handwerksmeistern und Arbeitern in der wirtschaftlichen Depression die Arbeitsgelegenheit verweigern, der minderbemittelten Klasse soziale Einrichtungen verweigern und ihren Patriotismus an den nächsten Kleiderhaken hängen, wenn er etwas kostet!

Die einzige Stimme Mehrheit, mit welcher das soziale Werk ins Plenum gerettet wurde, war die des Sozialdemokraten Schütz!

Wahrlich, nur die allgeröchsten Älber der dritten Klasse können es fertig bringen, die Kandidaten der „rechtsstehenden Parteien“, die verbeden und verbeden Reaktionsäre, zu wählen. Ehrenpflicht der Arbeiterklasse aber ist es, diesen schwarzen Brüdern die Kathautür vor der Nase zuzuschlagen!

### Politische Uebersicht.

#### Die Pflicht des Reichstags.

Raum niemals noch ist der Zusammenhang des Reichstags vom deutschen Volke und der ganzen Welt mit so großer Spannung erwartet worden. Denn ganz außerordentlich ist die Situation, in der die deutsche Volksvertretung jetzt ihre Arbeiten wieder aufnimmt.

Auf dem Reiche lastet eine schwere wirtschaftliche Krise, die sich im Laufe des kommenden Winters noch zu verheerenden Proportionen vergrößern wird, und zwar mit vollem Recht und gutem Grunde, ihr bisheriges Einkommen verbleibt, steht sich die Masse des arbeitenden Volkes bei steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse vor verschlechterte Erwerbsverhältnisse gestellt.

Dazu hat sich in den letzten Tagen der Welt-Skandal der Kanzler-Krise gesellt, die offene Rebellion selbst der zahlreich bürgerlichen Mächte gegen die Person des deutschen Kaisers und die Regierungsmethoden des Absolutismus. Die Presse der verschiedensten Parteienrichtungen voll Entsetzen über die eskalierende Schmach, rief nach dem Reichstag und forderte von ihm Abhilfe gegen unerträgliche Zustände, die das deutsche Reich in seiner Existenz gefährden. Alle Welt fragt, was der deutsche Reichstag tun kann und was er tun wird.

Die Antwort, die die weisesten und erfahrensten Propheten der deutschen Reichspolitik auf diese Schicksalsfrage geben, ist in ihrer

### Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

41 Und deshalb vermeidet sie auch, sich mit ihnen einberufen zu lassen. Angelegentlich denn je um den Baron bemüht, schreit sie für sonst gar nichts mehr Sinn zu haben. Und Vater Bäder muß seiner einst so tätigen Demoselle Intendantin etwaige Bestimmungen und Eingriffe in die Bühnenführung förmlich abbestimmen. Das hat sich nämlich geändert, sagt er dann jedesmal und ist keine Minute im Zweifel, daß nur sein Sohn diese Veränderung verschulde. Er nimmt der Schönen jetzt eingetretene, ungewohnte Gleichgültigkeit gegen die Theaterangelegenheiten für den versteckten Groll einer Zukunftsbesorgnis, Zurückgefallen; er wähnt, sie zürne dem Treulosen, Undankbaren und mit ihm der ganzen Unternehmung, in welcher sie doch gleichsam gelebt und gelebt hatte; er nährt ernstliche Besorgnisse, seine ganze Kauzburger Existenz sei gefährdet; er nimmt sich vor, dem „kaum flüchtig gewordenen Moschisch Gebühnadel die Fäden zu fassen“.

Es war ein herrlicher Mittag. Wulf hatte neben den Mittagstisch seiner Wirkleute verlassen, bei denen er nicht mehr so lange zu weilen pflegte, wie er früher gern getan, weil er vermehren wollte, daß ihre Gespräche den klüglichen Mittelpunkt seines gegenwärtigen Daseins berührten. Wenn sie ihn früher genedigt wegen der besonderen Gunst, welche Demoselle ihm angedeihen lasse, so hatte er dazu geschätzt oder durch ausweichende Scherze geantwortet. Zu Scherzen aber schien ihm der Hele, den ganzen Menschen beherrschende Ernst des jetzigen Verhältnisses nicht angemessen. Die wackeren alten Leute hörten nicht auf, ihn zu loben, als ob er ihr Sohn wäre; gleichwohl jedoch, oder vielmehr gerade deshalb sahen sie ihn bedenklich an, wie sie einen Menschen betrachtet haben würden, der hoch auf schürftig-schmalen Felsensteige am Rande eines entsetzlichen Abgrundes klettert und sich von den drohenden Gefahren nicht abschrecken lassen will. Damit begnügten sie sich. Der sie erfüllenden Angst Worte zu geben, schloß es ihnen an Selbstvertrauen. Seine theatralische Wirklichkeit (und sie verjümmern nie, ihn spielen zu sehen) löste ihnen aufrichtige Hochachtung ein. Sie übertrugen, wie das empfänglich, doch ungebildeten Leuten direkt geschieht, die tönernden Phrasen und gewaltigen Gedanken, deren Dolmetscher die Bühne ihn werden ließ, mehr oder weniger auf seine Person. Hatte er einen vornehmen Jüngling, einen Ritter, vielleicht gar einen Fürsten gegeben, so hätten sie ihn selbst vierundzwanzig Stunden lang für einen solchen und verbeugten sich geziemend vor seiner Größe und Hoheit.

Wie gesagt: Es war ein herrlicher Mittag. Wulf sah am offenen Fensterchen. Vor seinen Varien herzu drang der Dienen Gesumm, der Vogel Gesang, der jungen fastgrünen Blätter Gesausel. Er hielt eine Rolle in der Hand, überleschte: „Eduard Montrose, ein Original-Truerspiel in Prosa und in fünf Akten vom Herrn Hauptmann O. F. Merle. — Lord Ed. Montrose: Herr Bäder jun.“ Weiter: als bis zum

Mittelblatte schien er noch nicht gekommen zu sein, da der Schlaf ihn übermannte. Und das war kein flüchtiges, leicht abzuwühlendes Mittagsschlüpfchen, aus welchem der Schlummernde den Mat im Garten summen, singen und säuseln hört; es war ein fester, gründlicher, unentfährlicher Schlaf, der, Nacht für Nacht um seine guten Rechte betrogen, endlich das Verführte nachholen will und kein Opfer niederwirft, wo er es findet, wo er besser habhaft werden kann, sei es am offenen Fenster, auf hölzernen, hartem Stuhle, bei hellem Tage und im Begriffe, eine solchen empfangene Rolle vorzunehmen.

Vater Bäder trat leise ein und betrachtete lange den schlafenden Schläfer. Ging etwa ein Argwohn durch des Komödientenmeisters (so nannten ihn die Kauzburger) Kopf, jenem ähnlich, welchem der Baron neulich, Wulf's Abkunft betreffend, angedeutet? O nein, das ist led, Argwohn mehr, das ist Gemüthsheit! Er prüft Zug für Zug des kaum schlafenden Angefalt und wiederholte mehrmals: „Da erkennt man die Mutter ... doch leider auch den Vater! Er seufzte, laut genug, ein gewöhnliches Schimmerflüschchen zu hören. Wulf regte sich nicht. Bäder fuhr zu sprechen fort, redete sich in einen förmlichen Monolog hinein, der anderen christlichen Leuten in den Mund gelegt, für Unnatur gelten könnte, der dem alten routinierten Schauspieler geläufig alles zusammenfaßte, was von Wohl- oder Uebelwollen für diesen jungen Menschen in ihm auf- und niederwogte. Die säroffsten Uebergänge aus zärtlicher Wehmut und Rührung zu heftigen Vorwürfen folgten sich in raschem Wechsel, und endlich trat die Aktion ein. Er rief nach der im Schlaf noch festgehaltenen Rolle, schlug Eduard Montroses Part dem Wulf Bäder tüchtig um die Ohren und witterte mit allem Kraftaufwande, den er irgend an seine Helben-Intinganten zu setzen pflegte, die aus unterschiedlichen unbestimmten Reminiscenzen sich gebildete Rede los: „Donner und Doria, will denn das Mondkalt schlafen bis zum jüngsten Tage?“

Das traf. Mit noch eingeklinkener Augenlider flog der Sohn vom Stuhle empor, packte während den Vater an der Gurgel und donnerte ihm zu: „wage nicht, ihr zu nahen, es wäre dein Tod!“

Bäder stellte dem unerwarteten Angriff so viel Kraft entgegen, als ihm gerade zu Gebote stand: ja, er behielt Fassung genug, zu erwidern: „Biesmal ist's nicht der verlassene Vater, es ist dein Direktor!“ Wulf kam zu sich, blinzelte ihn schlaftrunken an, ließ ihn frei und flammte: „Ach, der Vater.“ „Ja, mein Herr, der Vater, der endlich einmal abzurechnen kommt. Ermuntere dich, raffe deine fünf Sinne zusammen und merke auf. Wir haben eine sehr ernsthafte Verhandlung vor. Es geht auf dein oder Nichtsein“ hinaus, wie Brodmann im Hamlet so unmaßnahmlig das berühmte Selbstgespräch begann.“

„Geben wir den Hamlet?“ fragte Wulf. „Ermuntere dich!“ wiederholte Bäder. „Hör, was du hören willst, begreife den Inhalt meiner Warnungen, sonst dürstest wir bald in der Lage sein, wieder den Hamlet, noch die Hebe auf dem Lande in Kauzburger mehr zu spielen. Verstehst du? Sprich du, wo ich hinaus will? Se? Bist du bei

Wege? Ach, jetzt reißt er die Augen auf. Guten Morgen, wünsche wohl geschlafen zu haben! Na nu kann's losgehen, sagen sie in der Markt. — Du warst, ohne Komplimente, ein tuppliger Junge, da wir hier eintrafen. Einiges Talent und viel Glück haben dich in kurzer, ich fürchte allzu kurzer Frist zu einem beliebigen Akteur erhoben. Gut! Ich freue mich darüber, weiß dich zu schätzen und erkenne gern, was wir an dir haben. Deine Diktion mit der Demoselle, so gefährlich sie für dich und für uns sein mochte, ließ ich schließlich hingehen. Erstens hielt sie dich ab, dich beim Theater zu verplumpern, was für den Anfänger immer, für alle anderen fast immer nachteilig wird, wie auch mein Beispiel zeigt. Zweitens war sie dir bei den hierorts vorkommenden eigentümlichen Zuständen nützlich in deinem Verufe. Ohne die Protektion der Intendantin hättest du nicht wagen dürfen, dich gleich in so wichtiger Partien hinauszuschicken. Drittens endlich schlug ich meine häufig aufwachenden Besorgungen mit dem Troste nieder, die kluge Dame werde schon um ihres eigenen Fortwells willen nicht weiter gehen, als sie in Sicherheit gehen dürfe, und nichts wagen, was dir, folglich auch ihr Unheil und Verderben drohe. Und am Ende aller Ender ist und bleibt sie doch des Barons Maitresse. Du hast sie nicht verführt — au montrez! — Du lauern keine Beweismittel, keine Schlangen unter Blumen. So kann und darf ein ergrauernder Theaterprinzpal sich anstellen, wie wenig er kurzschichtig wäre. Ich zupfte mich erinnerungswillig an meiner eigenen Nase und ließ der Geschichte ihren Gang. Demoselle ist überdies selbst Komödiantin gewesen, wenn auch unter anderem Namen. Altmene weiß es durch Müllern, der sie von früher gekannt ... das gehört nicht hierher; höchstens insofern, als es nachträglich mein Schweigen rechtfertigt. Wenn sie den Baron mit dir hinterging, so war das immer noch nichts Außerordentliches; der ehemaligen, jetzt wieder mitzudenken Schauspielerin gefiel ein junger Kollege ... es blieb gewissermaßen in der Familie. Bada! Aber jetzt ... Wulf! Wulf! Was muß ich erleben! Eine reichsumittelbare Jungfrau, eine bruderlose Baroness, eine sozusagen Prinzessin! Erblich und künftige Herrin von Kauzburger samt Zubehör. Ein schuldloses Kind, jünger denn du, der du kaum trocken hinter den Ohren bist! Zusammenkünfte bei nachtschalenen Zeit! Pendevous in Mitternächten und Schlafkapseln! Und die ten Karos ihrer Schlafstube verlassene Ariadne, die nur jenseits dort, damit der undankbare, treulose, unverschämte Thejus aus dem Dabrinthe reichsreicherlicher Korridors ins Perseusloch geworfen werde, wo weder Sonne noch Mond hinein scheint? ... Wie alle, wie wir gebadet sind, gleich der ordinären Rigmarmhande von Landbarganern der Schuld über die Grenze gebracht ... Wulf, Wulf, Du kannst hier am Fenster sitzen und schlafen wie ein Gerechter, kannst noch eine ruhige Stunde haben, wenn das Nichtsichert an Altemanns dümmtem Kanzleibindfaden über deinem Strubbelkopfe baumelt? Sprich, was ist wahr, was ist übertrieben, was ist erlogen an den Gerüchten, die umherlaufen wie die Viehst? Um Gottes Farnherzigkeit willen, was steht du zu dem Freisäufeln? Wie weit ist's gekommen? (Fortsetzung folgt.)

**Einigkeit unerschütterlich.** Der Reichstag wird, sagen sie, der Regierung eine halbe Million neuer Steuern bewilligen, weiter aber wird er nichts tun! Er wird die wirtschaftliche Notlage des Volkes berücksichtigen, indem er dem Kopf der Bevölkerung mit acht Mark neuer Steuern pro Jahr belästet.

Er wird der Regierung des Wahlrechts und der Unterbindung, der Regierung des westpolitischen Doppelspiels und des überreizten Absolutismus, das glänzende Vertrauensvotum erteilen, das ein Parlament einer Regierung erteilt hat. Indem er diese ungeheuerliche Finanzvorlage anfast, wenn auch mit den üblichen bereits in Rechnung gezogenen Abstrichen und Abänderungen, kriechen sie.

In jedem andern Lande der Welt würde man den Propheten, der in gleichem Falle eine solche Entwicklung der Dinge voraussagt für toll halten oder ihn für einen Verleumder erklären, der das Parlament durch seine unfaßlichen Erfindungen herabsetzen will. Aber was für die ganze übrige Welt das Verächtliche und Unzulässliche ist, ist für Deutschland das Wahrscheinliche. Das preussisch-deutsche Reich ist das Land unbegrenzter Unmöglichkeit.

Das Vertrauensvotum, mit dem die Billowiten für ihren Herrscher, ist nämlich, wie man wissen muß, gar kein Vertrauensvotum, sondern es soll bloß erteilt werden in der Absicht, zu erklären, daß die Wahl eines bessern Kanzlers nicht zu erwarten sei, daß man alles, was sich mit dem zu beschreiben, was man hat. Dieses Argument, das heute schon in allen mündlichen Parolektionen durch die Billowpresse klingt, und das auch in den nächsten Tagen überall, hier, in diplomatisch freierlicher Verbindung, dort in vertraulich herber Form begangen wird, ist nicht stichhaltig und es ist eines Parlaments unwürdig, sich seiner zu bedienen.

Der deutsche Reichstag ist dem Volke nur für seine eigene Handlungsweise, nicht für die des Kaisers verantwortlich. Er hat zu tun, was seines Amtes ist, und braucht sich nicht den Kopf der Krone zu zerbrechen. Ist unter Leitung des verantwortlichen Reichskanzlers schlecht regiert worden, — und es gibt keinen Menschen in Deutschland, der das bestreitet, — dann darf der Reichstag diesem verantwortlichen Reichskanzler seinen Großschatz bewilligen, sondern muß ihn gehen heißen. Rechnet der Reichstag auf diese Weise mit dem Verantwortlichen ab, dann hat er seine Pflicht getan, und dann ist es hinüber, dann ist die Pflicht der Krone, einen neuen Reichskanzler heranzuschaffen, der das Vertrauen der Volkvertretung zu erwerben weiß, indem er den unkonstitutionellen Eifer der Krone zügelt.

Sturz des jetzigen Reichskanzlers durch den Reichstag, Sturz auch jedes künftigen Reichskanzlers, der sich absolutistischen Anlässen gegenüber schwach und nachgiebig zeigt: das ist die einzige Lösung der gegenwärtigen Krise, die einer europäischen Nation würdig ist, das ist auch der einzige Weg, um aus dem Sumpfe des Despotismus heraus zu geordneten Zuständen zu kommen.

Wer traut aber dem deutschen Reichstage zu, daß er diesen Weg gehen wird? Fürst Bismarck würde nicht, sonst würde er gar nicht mehr den Versuch machen, vor dem Reichstage zu erscheinen, um sich rein zu waschen. Und auch Bismarcks Freunde nicht, sonst würden sie nicht jetzt geschäftig in Berlin umherlaufen, um zu erzählen, Bismarck müsse in der Nähe des Kaisers bleiben, sonst gäbe es irgend ein Unglück. Unglück, sollte man meinen, hätte es schon genug gegeben, und Fürst Bismarck hat mehr als sieben Jahre lang bewiesen, daß er solches Unglück nicht verhüten kann. Stürzt sich der Reichstag in diesem Falle auf die feige Theorie des „kleineren Übels“, dat er nicht den Mut, das Maß der Verantwortung zu tragen, das ihm als einem europäischen Parlament zufällt, dann wird das Ausland mit Recht sagen, daß die bürgerlichen Parlamentarier des deutschen Reiches auf derselben Stufe stehen wie seine aristokratischen Diplomaten. Dann erst wird aller Hohn und Spott, der sich bisher bloß gegen einige lebende Personen gerichtet hat, das deutsche Volk selbst treffen. Erklärt die deutsche Volkvertretung einen Bismarck, dann hat sie sich vor den Augen der ganzen Welt gerichtet, und darum wartet die ganze Welt mit Spannung auf die Taten des deutschen Reichstages; sie wartet, ob dieses Parlament, das unter dem Schlagwort der „nationalen Ehre“ gewählt worden ist, in seiner Reichheit schwach, feige und pflichtvergessen genug sein wird, durch seine Unterwerfung unter ein unmögliches Regierungssystem die „nationale Ehre“ des deutschen Reiches bis zum Neustärken zu vollenden.

Die Rettungaktion für den Bloßkanzler ist bereits in vollem Gange. Auf den Redaktionen verschiedener Berliner bürgerlicher Blätter sprachen, wie erzählt wird, hohe Beamte vor, um im Auftrage des Reichskanzlers um Abhülfe zu bitten.

Die Führer der bürgerlichen Reichstagsfraktionen sollen am Mittwoch in einer Besprechung mit dem Reichskanzler eingeleitet werden. Wahrscheinlich wird man auch ihnen von der „internationalen Lage“ und anderen Staatsgeheimnissen erzählen, die das Verschleiden Bismarcks im Amt notwendig machen. Die Fraktions-Anführer der Bloßpartei haben sich bereits dahin geeinigt, sich für befriedigt zu erklären, wenn Fürst Bismarck den Text der Note der „Reichs-Allg. Zeitung“ als dem Laitsachen entsprechend bezeichne. Die angeführten Interpretationen sind also nur noch Bescheiden. Man hat einen zweiten Sündenbock gefunden — das genügt. Wie der Staatssekretär v. Schöen, so ist auch der Unterstaatssekretär Sternich der „Allg. Zeitung“ zufolge plötzlich erkrankt und auf Urlaub gegangen. Wie bei Eisenbahnunfällen der unterste Geiger, so ist bei Unfällen der auswärtigen Politik immer nur der unterste Staatssekretär der Schuldige. Man läßt dann der Welt „auslich oder halbamtlich“ seine „Erkrankung“ vor.

### Horridisch.

Wilhelm II. hat sich am Dienstag Abend außer Landes begeben, um im Oesterreichischen in Edartau Fische zu fangen. Am Sonntag ist in Schabrunn Salinasel, dann fährt der Kaiser nach Donauwörth zur Jagd.

Die politische Krise ist somit verlagert.

Die „Allg. Zeitung“ regt eine Verständigung unter allen monarchischen Parteien des Reichstages zu einer gemeinsamen Resolution — etwa in Form einer Adresse an den Kaiser oder an die Gesamtheit der deutschen Fürsten an. Das Reichstagswort müßte um so nachdrücklicher in die Wirklichkeit fallen, als es notwendig sei, man endlich einmal eine Dauer verfassungsmäßige Verbindung herzustellen.

**Politisches Verständnis! Staatliches Verantwortlichkeitsgefühl!** In der Thronrede vom 30. Oktober hieß es bekanntlich: „Es ist mein Wille, daß die auf ihren (der Verfassung) Grundlagen erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht.“ Ich erkläre darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Damit sollte keineswegs gesagt sein, daß das politische Verständnis und erstarbte staatliche Verantwortlichkeitsgefühl die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen rechtfertigt und dringend erweise. Sondern es war umgekehrt gemeint, daß gewisse Volksteile, die im Interieur des „Daily Telegraph“ die „unteren Schichten“ heißen, vom Wahlrecht ausgeschlossen oder minderen Rechtes sein sollten. Der Mehrheit des deutschen Volkes wurde politisches Verständnis und staatliches Verantwortlichkeitsgefühl abgesprochen. Denn nur an den höchsten Etagen des Staates ist politisches Verständnis und staatliches Verantwortlichkeitsgefühl zu finden, zum Beispiel in der Reichskanzlei und im Auswärtigen Amt.

Man könnte beinahe an eine strafende Gerechtigkeit glauben, wenn man sieht, wie die Verantwortlichen jener das deutsche Volk herabsetzenden, von bürokratischem Unselbstbarkeitsdünkel geschwellten Erklärung jetzt dem Gespött der ganzen Welt verfallen sind. Diese verantwortlichen Leute mochten sich an, das „politische Verständnis“ und das „staatliche Verantwortlichkeitsgefühl“ an der Erde abzumessen, und sie selber hatten nicht so viel „politisches Verständnis“ und „staatliches Verantwortlichkeitsgefühl“, um dem Reich und sich selber die schlimmste Mißanlage zu ersparen! Schmutz kommt vor dem Falle!

**Aus dem Preussischen Landtage.** Die Beamtenbefolgungs-Kommission des Abgeordnetenhauses, die heute zu ihrer ersten Sitzung zusammenkommt, wird wahrscheinlich am 4. Tagen verabschiedet. Am 1. ist die Resolution über die Wahlprüfung, dann die über die Wahlprüfung, dann wird voraussichtlich das Plenum zusammenzutreten und, nachdem die Resolutionen zu den Beschlüssen der ersten Lesung der Kommission Stellung genommen haben, soll die Kommission wieder zusammenzutreten, um in zweiter Lesung die Beschlüsse zu beraten. Auch die Wahlprüfungskommission wird zwei Lesungen abhalten.

Es besteht die Hoffnung, daß die ganze Befolgungs-Angelegenheit nicht länger als zwei Wochen andauern wird.

Die Arbeit der Gewerbeordnungs-Kommission soll in der Weise eine Entlastung erfahren, daß zunächst die Bestimmungen über die Geschäftsbürokratie und über die Nachtraher der Arbeiter zum Abschluß gebracht werden sollen. Es wird befürchtet, daß bei dem zugehörigen Antrage dieser Kommission die erwähnten Materien nicht so rechtzeitig verabschiedet werden könnten, daß sie zu dem in der Berner Konvention festgelegten Zeitpunkt in Kraft treten können.

Gegen die rumänen Polenerwerbungen ist, wie der „Wiener Post“ meldet, von der Staatsanwaltschaft zu Essen ein Verbot erlassen worden. Derartige Verurteilungen sind in der Regel gegen die 12 des neuen Reichsgesetzes, den 10. Sprachparagrafen, verhängt. Die Verhandlungsprache, auch die Beschiedene, soll nach dieser Auffassung deutsch sein.

Die „Freisinnige Zeitung“ berichtigt sich, festzustellen, daß die Auffassung durchaus begründet ist. Die „Freisinnige“!

**Vererbung-Diamanten.** Staatssekretär Vererbung überreichte dem Kaiser die Diamanten, die er als Kronen der Edelsteinfunde in Deutsch-Südwestafrika mitgebracht, im Namen der deutschen Kolonialisten, welche die Steine gefunden hatten. Franzja keine Steinübertrag der Vererbung dem Kaiser in einem kleinen Kästchen. Die Diamanten sind von Interesse als geologische Kuriositäten, während ihr materieller Wert nur gering ist.

Daß man als hervorragende Eigenschaft dieser Diamanten ihre „geologische Kuriosität“ hervorhebt, ist lediglich eine Umschreibung für die Wertlosigkeit dieser ansehnlichen Diamanten.

Ueber die Wirkung der Elektrizitätssteuer liegen einige Zahlen aus Nürnberg vor, die erlauben lassen, in welchem Maße diese Steuer die einzelnen Kommunen belasten würde.

Unter Zugrundelegung der Steuerhöhe des ursprünglichen Preussischen Entwurfs wird nachgewiesen, daß die Besteuerung des Gutes mit 1/2 Pfg. pro Kubikmeter 125,000 M., die Besteuerung der Gärten mit 1/20 M. beanspruchen würde, so daß insgesamt für Nürnberg 230 000 Mark zu bezahlen wären. Die Stadt Mannheim hätte mit einer Belastung von 117,000 Mark zu rechnen.

## Ausland.

### Ein englisches Blatt für das deutsche Volk.

Die unbegreifliche Zensurierung Wilhelms II., die Mehrheit des deutschen Volkes sei unzulänglich und es bilde mit anderen deutschen Anwandlungen eine „Minderheit der besten Elemente“, hat bei den englischen Finanz- und Handelskreisen hervorgeufen, wie unter den besonnenen englischen Friedensfreundlichen Beiläufigen und Entsetzten. Daher steht sich das radikalere englische Blatt „Daily News“ veranlaßt, den Behauptungen des Kaisers entgegenzutreten, indem es erklärt:

Der Kaiser zeigt sich in diesem Punkte vollständig falsch unterrichtet. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist keineswegs, wie behauptet, unzulänglich. Ganz im Gegenteil, die Massen, besonders die Sozialdemokraten und die Liberalen sind wenn irgend etwas ausländisch und nicht deutsch; dagegen ist es wahr, daß in den eifrigsten Kreisen, besonders in den konservativen Schichten, mit denen der Kaiser am häufigsten in persönliche Verbindung kommt, ebenso wie in den Kreisen der allerbüchsten Flotten- und Kolonialminister eine sehr gerühmte Opposition gegen jede unzulässige Annäherung betrieben wird.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ nimmt die Maßnahme des Reichstages gegen eine Behauptung des Kaisers in Bezug, die geeignet war, das deutsche Volk dem Auslande in unrichtiger Weise zu zeigen. Der Berliner Korrespondent des „Daily News“ ist über die Bestimmungen des deutschen Volkes richtiger informiert als der deutsche Kaiser.

### An das deutsche Volk in Böhmen

wendet sich die Landesparteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Böhmens mit einem Manifest, das mit klaren, prägnanten Darlegungen die Ursachen der gegenwärtigen Krise darlegt. Darin wird den deutschen bürgerlichen Abgeordneten im böhmischen Landtag der Vorwurf gemacht, daß sie in erster Linie es sind, welche die gegenwärtige Lage verschuldet haben. Zur Vorbereitung der Wahlreform und der nationalen Fragen hatte die Regierung die Bildung eines unabhängigen Ausschusses vorgeschlagen. Ohne jede Gefahr für das Wohl der Deutschen in Böhmen hätten die Abgeordneten der deutschen Wahlbezirke ihre Vertreter in diesen unabhängigen Ausschüssen entsenden können, denn die Beschlußfassung über die Vor schläge desselben waren in dem Landtag vorbehalten. Statt dessen haben die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten im Landtag sofort noch

ihrem Zusammenritt Ziel- und planlos Obstruktion betrieben und so den Landtag zu keiner Arbeit kommen lassen. Die Regierung mußte deshalb den Landtag versagen und erst jetzt beraten die Herren, welche Forderungen sie eigentlich stellen wollen. Was hat also die deutsche Obstruktion erreicht? Darauf antwortet das Manifest wörtlich:

„Sie hat den Deutschen in Böhmen nicht den geringsten nationalen Erfolg erkämpft, aber es ist ihr gelungen, die Beratung der Wahlreformvorlage und die Einsetzung des unabhängigen Ausschusses zur Beratung der schwebenden nationalen Fragen zu verhindern.“

Darum klagen wir die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten an, ohne die geringste nationale Erwünschtheit erreicht zu haben und erreichen zu können, den deutschen Arbeiter die Gleichberechtigung im Lande zu verweigern und alles tun, um die unbeschränkte Herrschaft vollstehender Großgrundbesitzer und Kapitalisten über die arbeitenden Massen des deutschen Volkes zu erhalten.

Nicht gegen die Regierung, nicht gegen die Tschechen wendet sich die deutsch-bürgerliche Obstruktion, sondern gegen das Recht der deutschen Arbeiter!

Nachdem im Manifest der Vorwurf zurückgewiesen ist, daß die deutschen Arbeiter in Böhmen keine Deutschen seien, werden die Wege geoffen, die aus der gegenwärtigen Krise hinausführen können. Um im Lande den nationalen Frieden herzustellen, fordert die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Böhmen die nationale Autonomie, das „Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation“. Weder die tschechisch-kundale Mehrheit des Prager Landtages, noch die bolschewistische Bürokratie sollen über die nationalen Angelegenheiten des Deutschen zu entscheiden haben. Es soll vielmehr deutschen Bezirks- und Kreisvertretungen und einer deutschen Landesvertretung vorbehalten bleiben. Die deutsche Bourgeoisie Böhmens will aber nicht ein Mitspracherecht der Gesamttheit der Deutschen, sondern sie will die Herrschaft über die Arbeiter, wie die tschechischen Feudalherren die Herrschaft über die tschechischen Arbeiter erhalten möchten. Darum ihr Widerstand gegen das allgemeine Wahlrecht, dessen Einführung aber die Vorbereitung sein muß für die Autonomie der deutschen Bevölkerung. Ohne Mitsprache der deutschen Arbeiterpartei kann die deutsche Bourgeoisie in Böhmen nichts erreichen, sie muß dieser durch das allgemeine Wahlrecht einen entsprechenden Anteil an der Selbstverwaltung einräumen. Das ist zugleich auch der einzige Weg, um in Böhmen dauernd friedliche Zustände zu schaffen. Die beiden Nationen sind nun einmal darauf angewiesen mit- und nebeneinander zu leben, und nur, wenn sie gegenseitig ihre nationalen Eigenschaften und ihre Sprache verbessern, wird es möglich sein, wieder geordnete Zustände zu schaffen. Wird das deutsche Vorgehen dem Weg, der ihm hier gezeigt wird, endlich befehlen?

Der Klub der tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten hat ebenfalls eine Kundgebung erlassen. Auch hier werden die deutsch-bürgerlichen für die Urheber der Wirren begehrt, weil sie im Landtag in der Absicht Obstruktion betrieben, um die Wahlreform zu vereiteln und die Alters- und Invaliditätsversicherung zu verschleppen. Den deutschen Genossen wurde die vollste Anerkennung für ihr musterhaftes Verhalten ausgesprochen. Auch hier wird die Demokratisierung der Gesetzgebung und autonomen Körperschaften gefordert.

### Sozialdemokratische Anträge in der Herrenдума. Die sozialdemokratische Dumafraktion wird auf der nächsten Sitzung des Herrenkonvents beantragen, nachfolgende Gesetzesprojekte der Regierung oder einzelnen Parteien in das Programm der jetzigen Session aufzunehmen:

1. Arbeiterunfallversicherung;
2. Vorlage über normale Arbeitsruhe der Handlungsgehilfen;
3. Vorlage zur Unfallversicherung der Arbeiter;
4. Vorlage der Bauerngruppe über Landverteilung für landlose und landarme Bauern;
5. Regierungsvorlage über den Austritt aus der Landgemeinde;
6. Vorlage über lokale Gerichtsinstanzen in Verbindung mit der Aufhebung des Justizrats der Landhauptorte;
7. Regierungsvorlage wegen Unantastbarkeit der Persönlichkeit;
8. Vorlage über Einführung der allgemeinen Wahlprüfung;
9. Vorlage über Einführung der Landtagsverwaltung in den Grenzgebieten;
10. Gelegenheitsurteil zur Abschaffung der Todesstrafe;
11. Gelegenheitsurteil zur Einkommensteuer.

Ferner wird die Fraktion darauf bringen, daß die von ihr eingereichten und in einem fort verschleppten Interpellationen, vor allem die Interpellation wegen Verfolgung der Gewerkschaften, in der Duma zur Sprache gelangen.

### In der russischen Wastille. Zwei Dumaabgeordnete, Mikajew und Pojelow, eranteten dieser Tage in ihrer Eigenschaft als Berichterstatter zum Etat der Gefängnisverwaltung Zutritt zu den in der Wastille befindlichen Kalematten der Schlüsselburger Festung. Obwohl für ihren Empfang rechtzeitig Vorbereitungen getroffen wurden, machte die Festung einen schweren Eindruck auf sie. Besonders das ununterbrochene Klirren der Ketten fiel schwer auf die Herzen der Dumaabgeordneten. Das hinderte sie aber trotzdem nicht gegenüber den Berichtserichtern zu erklären, daß die Anstalt im Gefängnis, die Verpflegung der Gefangenen und die Haltung der Administration „erträglich“ seien! Als Hauptargument gegen den Herren der Wastille gebietet zu haben, daß seit dem diesjährigen März unter den Gefangenen kein Todesfall zu verzeichnen war. Wenn die Gefangenen also nicht umkommen waren, so waren die Bedingungen im Gefängnis jedenfalls „erträglich“. Eine Schlussfolgerung, die der Mitglieder der Herrenдума würdig ist.

In ihren weiteren Mitteilungen ist hervorzuheben, daß gegenwärtig 35 Gefangene in der Schlüsselburger Festung interniert sind, von denen fast alle vor dem Kriegsgesicht verurteilt worden sind. Noch im laufenden Jahr wird an die Erbauung einer neuen Gefängnisabteilung geschritten, die für 600 Gefangene berechnet ist.

### Kleine Nachrichten vom Balkan. Nachrichten über den Verlauf der türkischen Wahlen besagen, daß gestern zwei griechische Abgeordnete in Medelin und Lemnos gewählt worden sind. In Smyrna figurieren zwei Griechen auf der Liste des jungtürkischen Komitees.

In Genua (China) (Wilajet Abianopol) sollen ernste Unruhen ausgebrochen sein. Die Franzosen nahmen aus der Hauptstadt die heilige Fahne, versammelten mehrere tausend Muselmanen um sich und sojen vor die Munizipalität, um dort gegen die ungelieblichen Wahlen zu protestieren. Schließlich drang eine Menge in die Munizipalität ein, verhaftete und misshandelte den Militärgouverneur. Aus Adrianopol sind starke Verstärkungen nach Genua abgegangen. Der Sultan willigte ein, daß die Garnison des Dildiz und dessen näherer Umgebung auf 3000 Mann vermindert wird.

## Arbeiterbewegung.

Der drohende Konflikt in den Brandenburger Exzellenz-Fabrikwerken ist beigelegt. Bekanntlich hatte die Firma den alten Tarif kündigt und gleichzeitig durch Massenrückzahlung von „Geldern“ versucht, sich einen für Lohnkämpferungen geeigneten Arbeiterkern zu schaffen. Dieser Versuch ist misslungen, da die Arbeiterpartei trotz der am Orte herrschenden Arbeitslosigkeit sich nicht in das von der Verwaltung aufgedrungene gelbe Organisationsloch beugte, sondern energischen Widerstand leistete, so daß die Firma nur unzureichende Arbeitskräfte an Stelle der entlassenen Freiarbeiter erhielt. Jetzt hat nun die Verwaltung sich dazu bequemt, einen neuen Tarif vorzulegen, der zwar die Wünsche der Arbeiterpartei zum größten Teil unermittelt läßt, aber auch die ursprünglichen erprobten getweilte allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen enthält. Die Arbeiterpartei des Betriebes hat am Sonntag in einer Versammlung, zu der neben den Mitgliedern der freien Gewerkschaften auch die hiesigen tschechischen Gewerkschafter erschienen waren, mit Zweidrittelmehrheit den neuen Tarif angenommen; damit dürften weitere Differenzen vorläufig vermieden sein.





## Die neuen Steuervorlagen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ veröffentlicht in ihrer heutigen Abendausgabe den Inhalt der Gesetzesvorlagen über:

1. Der Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein.
2. Die Brausteuer.
3. Die Weinsteuer.
4. Die Tabaksteuer.
5. Die Elektrizitäts- und Gassteuer.
6. Die Anzeigensteuer.
7. Die Nachlasssteuer, die Wehrsteuer, das Erbrecht des Staates und die Erbschaftsteuer.
8. Gesetz, betr. Änderungen im Finanzwesen.

„Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich nun endlich Taten sehen.“ Mit diesem dem Zeitumständen in edler Bescheidenheit angepassten Satz leitet die Bülowsregierung in der „Nordb. Allg. Ztg.“ die Veröffentlichung der Finanzvorlagen ein, die dem deutschen Volke eine Neubelastung von einer halben Milliarde jährlich bringen soll. Es werden an Mehreinnahmen berechnet

aus Branntwein . . . . .	100 Millionen Mark
„ Tabak . . . . .	77 „
„ Bier . . . . .	100 „
„ Wein . . . . .	72 „
„ Erbschaften . . . . .	92 „
„ Elektrizität und Gas . . . . .	50 „
„ Anzeigen . . . . .	38 „

Was auf die halbe Milliarde noch fehlt, soll durch Erhöhung der Matruklarbeiträge von 40 auf 80 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung aufgebracht werden.

Von den Entwürfen, deren Inhalt die „Nordb. Allg. Ztg.“ weitgehend schon früher bekannt geworden, das Branntweinsteuergesetz (durch das „Verl. Taxblatt“), die Elektrizitäts- und Gassteuer (durch den „Vorwärts“), die Infratensteuer (durch den „Verl. Volksanzeiger“). Die von diesen Blättern gegebenen Mitteilungen erwiesen sich, von einigen Details abgesehen, als richtig, und die in der Presse an jenen Entwürfen geübte scharfe Kritik war demnach vollberechtigt. Einige unbekannt gebliebene Details lassen nur noch schärfer erkennen, wie rückwärtsvoll die sonst brutal zugreifenden Reichssteuermacher in dem Augenblicke werden, wo es sich um agrarische Interessen handelt. Nur ist z. B., daß die Verkaufs- und Verkaufspreise von Spiritus durch den Vorstand des Vertriebsamts in Gemeinschaft mit einem Beirat festgesetzt werden sollen, der aus fünf Bundesratsmitgliedern, fünf Reichstagsabgeordneten, fünf Landwirtschaftlichen Beamten und fünf vom Reichsminister zu berufenden Mitgliedern bestehen soll. Die Preiserhöhung also mitzubestimmen, welcher Preis ihnen für ihre Produkte vom Reiche bezahlt werden soll. Ein verbesserter Antrag kam für Schnapsbrenner.

### Die Brausteuer

soll an 100 Millionen jährlich mehr eintagen. Zu diesem Zweck wird nach bairischem und reichsständischem Vorbild eine Steuerstaffel eingeführt, die mit einem Satz von 11 Mark für den verwendeten Doppelzentner Malz beginnt und je nach verbrauchter Malzmenge, also nach der Größe der Brauereien, bis 20 Mark pro Doppelzentner Malz steigt. Kleinen Brauereien, die schon vor dem 1. Oktober 1908 bestanden, und die nicht mehr als 150 Doppelzentner Malz jährlich verarbeiten, wird eine Ermäßigung der Steuer auf 10 Mark pro Doppelzentner Malz zugestanden. Der Effekt dieser Brausteuererhöhung wird reichsamtlich auf 2 bis 2½ Mark pro Hektoliter Bier, das heißt 2 bis 2½ Pfennige auf den Liter Bier berechnet.

Die kommunale Biersteuer wird nicht aufgehoben, sondern nur auf 2,60 Mark pro Doppelzentner Malz oder 0,65 Mark für den Hektoliter neu begrenzt.

## Das Interwju.

In Norddänemark um halber vier  
Erstien am Hofe ein Courier,  
Als Bernhard nach dem Bade  
Just trank die Schokolade.

Ein kaiserliches Interwju?  
Er lächelte der Gattin zu  
Und sprach zu ihr gemeldet:  
Sieh, Schatz, was Willy sendet!

Ein umfangreiches Manuskript —  
Wer hätte solches je geliebt!  
Der Fürst winkt dem Bedienten:  
Geh, gib's Müllern weiter!

von Müller (Diplomat vom Haag)  
Erhielt das Interwju; er lag  
Im Bett und trank vom Bade  
Noch eben Schokolade.

von Müller lächelte dazu:  
Ein kaiserliches Interwju  
Von dreihundertzig Seiten? —  
Ich muß spazieren gehen!

Schatz, auf, sattelt mir mein Pferd!  
Doch vorher schmiere noch ein Couvert  
Und sendet nach Berlin dies —  
Bergeht es nicht, ihr Rindvieh!

von Schoen, dem nun die Sendung galt,  
War's leider in Berlin zu kalt,  
Denn trank die Schokoladen  
Er just in Verchiedgaben.

An seiner Stelle drum erlitt  
Den Auftrag der Geheimrat Schmidt,  
Als er verknagte im Bade  
Just trank die Schokolade.

Er lächelte und sprach: Marie,  
Sieh mal, das ist ein Interwie!  
Du, was ich sagen wollte —  
Schild das doch gleich an Nolte!

## Die Weinsteuer

die 20 Millionen bringen soll, steht zunächst eine allgemeine Flaschensteuer von 5 Pfennig pro Stück, gleichgültig ob halbe oder ganze Flasche, vor. Zu dieser Grundsteuer werden dann je nach der Preislage des Weines Zuschläge erhoben, die einem Preis von 1 Mark bis 10 Pfennig pro Liter pro Flasche beginnen und bis auf 3 Mark bei einem Preise von 20 Mark pro Flasche steigen. Gleichzeitig soll auch eine Erhöhung der Schaumweinsteuer vorgenommen werden.

## Die Tabaksteuererhöhung

mit einem geschätzten Mehrertrag von 77 Millionen bringt richtig die von Nationalliberalen und Freisinnigen bis in den Abgrund verfluchte Zigarrenbänderrolle, wobei man sich höhnisch auf die ausgezeichneten Erfahrungen beruft, die man mit der Zigarrenbänderrolle gemacht haben will. Die Zigarrensteuer wird auf 1,50—2,4 Mark pro Tausend (in 7 Stufen nach der Preislage) erhöht. Die Zigarrenbänderrolle umfaßt sechs Steuerstufen und steigt von 4 Mark bis 26 Mark auf das Tausend je nach der Preislage des Fabrikats. Ja, auch Pfeifen, Stau- und Schnupftabak soll unter Freilassung der billigsten und ordnungsmäßigsten Sorten banderolliert werden, und zwar in drei Stufen von 0,50 bis 2 Mark pro Kilogramm. Hand in Hand mit diesen Steuererhöhungen gehen auch erhebliche Zollerhöhungen.

„Die höhere Besteuerungsfähigkeit des Tabaks“, sagt die Regierung, „wird außerhalb des Kreises der Tabakinteressenten kaum noch gezeugt.“ Sie vergißt, daß zu diesen „Tabakinteressenten“ auch tausende von Arbeitern gehören, die in ihrer Existenz bedroht sind. Die Regierung hat nur die eine Sorge, daß durch die neue Steuererhöhung die Agrarier nicht zu Schaden kommen, wo deren Interessen berührt werden, da sind sofort erhebliche „Entschädigungen“ vorgesehen. An eine Entschädigung der Arbeiter, die durch die Steuererhöhung und den daraus resultierenden Wertschwund und Produktionsrückgang in ihrer Existenz bedroht sind, denkt die Regierung natürlich nicht.

## Besonders Interesse beanspruchend

### die Nachlasssteuern

und die mit ihnen in Zusammenhang stehenden Bestimmungen, weil die Opposition, die sich gegen diesen Entwurf richtet, ausnahmsweise nicht von links, sondern von rechts kommt. Die Junker haben allerdings Grund, sich nach Belanntwerden des Entwurfs stark zu beruhigen, denn eine so seltene Berücksichtigung agrarischer Interessen, als sie in der Vorlage autogeliegt, ist schlecht zu unterlassen.

Die Nachlasssteuer soll, wie schon bekannt, nicht den Erbansatz der einzelnen Erben, sondern den Nachlaß in seiner Gesamtheit treffen. Die Nachlässe in der Gesamtheit von weniger als 20.000 Mk. (wobei die zum Haushalt des Erblassers gehörigen Gegenstände nicht mitgerechnet werden), bleiben steuerfrei. Die Nachlasssteuer beträgt nun:

für 20.000 bis 30.000 Mk. . . . .	0,5 Prozent
„ 30.000 „ 40.000 „ . . . . .	0,6 „
„ 40.000 „ 50.000 „ . . . . .	0,7 „
„ 50.000 „ 60.000 „ . . . . .	0,8 „
„ 60.000 „ 75.000 „ . . . . .	1 „
„ 75.000 „ 100.000 „ . . . . .	1,2 „
„ 100.000 „ 125.000 „ . . . . .	1,4 „
„ 125.000 „ 150.000 „ . . . . .	1,7 „
„ 150.000 „ 200.000 „ . . . . .	2 „
„ 200.000 „ 300.000 „ . . . . .	2,3 „
„ 300.000 „ 500.000 „ . . . . .	2,6 „
„ 500.000 „ 750.000 „ . . . . .	2,8 „
„ 750.000 „ 1.000.000 „ . . . . .	2,9 „
mehr als eine Million . . . . .	3 „

Die Höchstabgabe von 30.000 Mark von einer Million kann jedenfalls nicht gerade als „übertrieben“ bezeichnet werden. Aber die Millionenerben des preussischen Herrenhauses wollen überhaupt keine Nachlasssteuer bezahlen.

Entschieden muß bemängelt werden, daß die vom Erblasser hinterlassenen Gegenstände seines Haushalts bei der Feststellung des Nachlasswertes allgemein außer Betracht bleiben sollen. Es gibt reiche Haushalte, deren Einrichtung Hunderttausende wert ist, und es besteht kein Grund, diese von Steuern freizulassen.

Ein besonderes Ausnahmegesetz ist für lässliche Grundstücke vorgesehen. Werden diese im Laufe von fünf Jahren zwei Mal vererbt, so ist das zweite Mal keine Erbschaftsteuer zu zahlen. Werden sie im Laufe von zehn Jahren zwei Mal vererbt, so beträgt der Steuerfuß die Hälfte.

Die Fälligkeit der lässlichen Erbschaftsteuer kann auf Antrag so gestaltet werden, daß die Steuer unter Verechnung einer 4prozentigen Verzinsung durch eine 20 Jahre hindurch zu zahlende Amortisationsrente getilgt wird.

Erbt also jemand einen Großgrundbesitz im Werte von einer Million Mark, so braucht er die 30.000 Mark nachlässige Zehrenten nicht gleich zu bezahlen, sondern er kann sie in zwanzig Jahresraten erlösen, wobei er die noch schuldige Summe ohne Rücksicht auf den herrschenden Geldzinsfuß nur mit 4 Prozent zu verzinsen braucht.

Außer der Nachlasssteuer soll von dem Nachlaß von Pensionen, die nicht beim Militär gekent haben, eine Wehrsteuer von 1,50 vom Hundert erhoben werden. Es würde nichts schaden und der Reichskasse sehr nützlich sein, wenn man diese 1½ Prozent von jedem Nachlaß erheben wollte, gleichgültig, ob der Erblasser gekent hat oder nicht.

Das gesetzliche Erbrecht (ohne Testament) wird auf die Verwandten erster und zweiter Ordnung beschränkt (Kinder, Eltern, Geschwister und Geschwisterkinder). Außerdem sollen nur die Großeltern unter bestimmten Umständen erben können. Testamentlose Erbschaften, für die keine nahen Erben da sind, fallen zu drei Vierteln ans Reich und zu einem Viertel an den Staat. Die Not, die oben lehr, macht mitunter auch Finanzminister zu „Kollektivisten“.

Aber das ist ein Tropfen Recht und Vernunft in einem Meer von Unsinne und Unrecht. Diese Finanzvorlagen müßte jeder Regierung vor die Füße geworfen werden, auch einer, deren vorantvortlicher Chef nicht Bülows hiesel.

## Partei-Angelegenheiten.

Genosse Georg Deher aus Breslau ist aus der Redaktion der „Völkischer Volkszeitung“ nach verhältnismäßig kurzer Tätigkeit wieder ausgeschieden.

Eine mißglückte Aktion. Am vergangenen Sonnabend haben sich die Tore des Gefängnisses von Corbail geöffnet, um die angeklagten Mitglieder der Konföderation in Freiheit zu lassen. Drei Monate lang haben die Angeklagten in Untersuchungshaft zubringen müssen; sie waren beschuldigt, die „Revolution“ von Bille neuere Sankt George angeklagt zu haben. Irrendem welche Beweise oder nur Verdachtsmomente hatte man anfangs überhaupt nicht. Clemens ließ die Verhaftungen vornehmen und nun begann das Suchen nach Beweisen. So sehr aber auch der Untersuchungsrichter sich bemühte, Material herbeizuschaffen, es gelang nicht, die Verhafteten zu überführen. Gegen 16 Uhr das non lieu ausgesprochen, d. h. die Anklage niederzuschlagen worden; darunter befinden sich sämtliche Mitglieder der Leitung der Konföderation, wie Griffuolles, Bouget, Poetot, Bouquet. Vier von den Angeklagten befinden sich im Exil in Belgien. Die Anklage wird aufrecht erhalten gegen 7 Genossen und die Genossen Auclair. Diegen wird vorgeworfen, direkt an den Vorgängen in Villeneuve beteiligt gewesen zu sein. Die freigelassenen wurden vor dem Gefängnis in Corbail, wie auch bei ihrer Ankunft in Paris von ihren Freunden mit großem Jubel empfangen. — In der „Tribune“ von Saint Etienne, dem Blatt des Justizministers Briand, wurde einige Tage vor der Entlassung der Angeklagten ein Artikel veröffentlicht, der sich mit dieser Angelegenheit befaßt. Es wurde darin herabgesehen, daß die Unternehmung absolut nichts gegen die Mitglieder der Konföderation ergeben habe, daß man sie deshalb schnellstens in Freiheit setzen müsse. Diese Äußerung wird als gegen Clemenceau gerichtet abgefaßt, der in dieser Affäre die treibende Kraft gewesen ist.

Der Nolte, der Kanzleirat, sprach  
Zum Sekretär: „Sich Sie mal nach!  
Ich sehe jetzt gerade  
Si Tschow zur Schokolade.“

Der Sekretär, verzagt schier,  
Weil er nur simples Fläschchenbier  
Erhielt statt Schokolade,  
Sprach ernst zu Frau Agathe:

Der Brief hier, umfangreich und dick,  
Gibt heut nach England noch zurück,  
Denn geh'n wir nicht spazieren,  
Ich muß ihn expedieren!

Jedennoch, ein Ereignis hegt,  
Das ander, und so blieb zuletzt  
Noch liegen das Demagie  
Bei Sekretärs Anguste.

Das Mädchen nämlich trank — o weh —  
Zum Nachtteil für ihr Fortkommen  
zu gerne Schokolade.  
(Ich sage: schade! schade!)

Euch eines Tages — wunderbar —  
Eckmann sie sich des Briefs und nahm  
Ihn lächelnd mit zum Kassen:  
„Da, Englishman, hier hast'n!“

(In der „Zeit am Montag“.)

## Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein authentisches Porträt von Julius Cäsar. In Amby (Ägypten) ist ein Fund gemacht worden, der für die Altertumskunde von größter Bedeutung ist. Man entdeckte dort, tief in der Erde vergraben, eine uralte Vase, die von kostbarem Material ist und die Höhe von einem Meter hat. Auf ihr ist in feinsten Emailmalerei ein Porträt dargestellt, das nach den Inschriften, die sich auf der Vase befinden, ganz unvürdlich als das einzige authentische Porträt von Julius Cäsar anzusehen ist. Die Arbeit weist auch auf die Zeit Julius Cäsars hin. Die Vase muß übrigens im persönlichen Auftrag Cäsars hergestellt worden sein, und man kann sogar die Jahreszahl feststellen, die für ihre Anfertigung in Betracht kommt. Julius Cäsar hatte bekanntlich Be-

ziehungen zu der Ägyptin Kleopatra unterhalten. Die Inschriften weisen darauf hin, daß die Vase eigens für die ägyptische Königin hergestellt wurde. Pentamaria hat die Vase natürlich einen unerschätzbaren Wert, der in den historischen Beziehungen liegt. Sie muß aber auch in der Zeit ihrer Entstehung schon sehr kostbar gewesen sein, da sie von feinsten künstlerischer Arbeit ist und in allen Teilen aus dem kostbarsten Material besteht. Sie wiegt ungefähr hundert Pfund.

Selbstmord. Der Bildhauer Harry Mazzucchi hat sich in der verflochtenen Nacht im Alter von 47 Jahren mit Leuchtgas vergiftet. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

## Aus aller Welt.

Unter den Häbern des Schnellzugs. Ein schwerer Unfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich im Roststeintunnel bei Caub am Rhein. Die sogenannte „Königin Rote“, die sich aus vier Mann zusammensetzt, die die auf der Strecke vorlaufenden kleineren Arbeiten zu erledigen hat, war beauftragt worden, in dem Tunnel eine Anzahl Platten auszuwechseln. Als der Streckenaufsicht gegen 3¼ Uhr Nachmittags seinen Revolutionsgang unternahm, fand er vor dem Tunnel eine abgefahrene Menschenhand. Nichts Gutes ahnend, begab sich der Beamte sofort in den Tunnel, wo sich ihm ein schauriger Anblick bot. Einige Meter von der Arbeitsstelle entfernt, lagen zwischen den Geleisen die Körper von drei Arbeitern in ihrem Blute. Der vierte Arbeiter war außerhalb des Tunnels mit Raststücken beschäftigt. Er ist der einzige Überlebende geblieben. Die drei Verunglückten sind, nachdem der Güterzug Nr. 2264 die Stelle passiert hatte, aus dem schützenden Nischen herausgetreten und bald darauf von dem nachfolgenden Schnellzug erfasst und sofort getötet worden. Es sind die Arbeiter Dahlen und Sauerwein, sowie der Hilfsrottenführer Colonius; der letzte hinterläßt eine Frau und drei uneheliche Kinder.

Eine schwere Brandkatastrophe. Aus Remiremont wird berichtet: Eine Feuerbrunst . . . . . die große Spinerei in Bainwillers, welche mehrere hundert Arbeiter beschäftigte; sechs Arbeiter sind verschwunden. Man vermutet, daß diese den Tod in den Flammen gefunden haben. Der angerichtete Materialschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Francs.

Geschichtskalender.

5. November.

- 1494 Hans Sachs in Röhren. (Schäfer und Vogt dazu.)
1807 Die Valeria Augusta Konstantin in Rom.
1850 Gustav Schwab, Dichter.

Eine blamable moralische Züchtigung

muhte gestern vor dem Schöffengericht der unseren Lesern aus seinen Schimpfannonaden bekannte, bereits früher als Streikbrecher erdmittler entlarvte Max Strohsfeld, Bezirksleiter der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner, über sich ergehen lassen. Bekanntlich bestreite dieser Herr bisher eine unausgesetzte Antreibung einzelner Parteigenossen und Gewerkschaftler, bombardierte sie mit den unsittlichsten Schimpfwörtern, verdächtigte ja verkleumdete sie nach Herzenslust, und wenn dann die so Angepöbelten dem groben Klotz einen großen Keil folgen ließen, ließ er heimtückisch zum Raub, Kenntnis über die bösen Thaten wie eine Antebekleidlerin und triumphierte dann über die Verurteilung seiner „Angriffen“.

Dieses traurige Schicksal ist dem Schimpfbläser nunmehr auf lange Zeit hinaus gründlich gelegt worden. Seine Prozeßhanselenken fanden in der gefälligen Verhandlung einen, für ihn und die Seinen bitterbitten, Abschluß.

Bekanntlich hat der Herr im Frühjahr d. J. der Firma Gubisch in Liegnitz arbeitslose Gewerksvereiner als Streikbrecher vermittelt. Dieser unerhörte Fall führte natürlich dazu, daß von allen Seiten Angriffe gegen ihn erhoben wurden. Strohsfeld aber wollte besser sein, als sein Ruf; er wollte noch Anerkennung finden für sein Treiben und strengte deshalb, wie es seine Mode war, gegen alle, die ihn „beleidigt“ hatten, Prozeßklagen an. Waren dann die Zeitungsberichte über die stattgefundenen Prozesse nicht nach seinem Gefallen abgefaßt, ließ er abermals wieder zum Raub, Kenntnis auf neue, und so kam der ganze Rattenkrieg von Strohsfeld-Prozessen zustande, über die wir im Verlaufe des letzten Sommers zu berichten hatten.

Seiner nimmt es der Prozeßhansel Strohsfeld aber mit der Ehre anderer auch nicht sehr genau, und so mußte er es erleben, daß zur Abwehr auch eine Anzahl von Prozessen sich gegen ihn richteten und daß er wegen seiner massiven Schimpferien, die er in der sogenannten „Schlesischen Arbeiterzeitung“ und in Flugblättern gegenüber allerlei Personen, die ihm angeblich etwas getan, oder ihm auch nichts getan hatten, verurteilt wurde.

Ein solcher von Strohsfeld leichtfertig geschriebener Schmäheartikel beschuldigte gestern wieder das Dresdener Schöffengericht, Strohsfeld hatte darin dem Haupteiter des Metallarbeiterverbandes, Genossen Schlegel, Diebstahl (Taler mössen) und Unlauterkeit (1) zum Vorwurf gemacht und ihn in nobelster Art beschimpft. Gleichzeitig hatte er auch seine Beleidigungsworte gegen einen unserer Redakteure, gegen Genossen Albert, der nie etwas mit ihm zu tun gehabt hatte und ihm selbst unbekannt war, zum Ausdruck gebracht. Genosse Albert hat zwar von und über Strohsfeld nie ein Wort gesagt und geschwiegen, aber trotzdem hielt es der Streikmann für nötig, ihn ohne Grund als einen von seinen Parteigenossen rechts und links grobverleumdenden, Geschäftsverleumdung und Schabackneider“ zu bezeichnen. Angenehm ließ er in einem Klagenblatt abdrucken, was — Reklamerie gegen Albert geschrieben, breitete und in hunderten von Exemplaren in Dresden öffentlich verbreitet. Ferner ließ Strohsfeld in dem Artikel seinem Groll gegen seinen früheren Gewerksvereinerkollegen Kapelle freien Lauf, der seiner Zeit das arbeiterschädigende Treiben des Strohsfeld nicht mehr mit ansehen konnte und der deshalb von Metallarbeitervereiner übergeben war. Diesen Kapelle bezeichnete der Strohsfeld ferner Hand als einen Lumpen und belagte ihn mit einem Haufen von Verdächtigungen.

Vor Gericht wollte der Schimpfbläser Strohsfeld natürlich wieder nur in „berechtigter Abwehr“ gehandelt haben und im übrigen wollte er über alles, was er behauptet, den „Wahrheitsbeweis“ erbringen. Schlegel sollte z. B. in einer Verammlung in der Scala „einen Taler jemohl“ haben. Es handelte sich um einen bekannten Vorfall in einer Lokalisierendemulung, der vor Gericht vollkommenermaßen festgestellt wurde. Die zu der Verurteilung im Gewerksvereiner beider Verammlung beschloß damals, das erhöhen Entree dem wegen der Vorgänge am Streikdepot Platz zu drei Monaten Gefängnis verurteilten „Paizerdepotierten“ Hirsch zu übermitteln. Es wurde eine Kommission zur Ermittlung

nahme des Geldes gewählt, der auch Schlegel angehörte. Es waren etwa 21 Mark eingekommen, von denen Schlegel drei Mark vom Kassierer Wond in Empfang nahm, während dem Einberufener 18 Mark zur Bedienung der Unkosten verblieben. Diese drei Mark übergab Schlegel alsbald dem Vorsitzenden der Verammlung, dem Genossen Döbel, der sie durch den Kassierer des Metallarbeiterverbandes, Genossen Philipp, dem Hirsch auszahlte ließ.

Die Urkundenfälschung“ Schlegels sollte darin bestehen, daß er sich feinerzeit selbst ein Mandat zum internationalen Metallarbeiterkongress in Paris aufgestellt haben und deshalb in Berlin von seinem Vorgesetzten gejagt worden sein sollte. In Wirklichkeit ist Schlegel gar nicht auf dem Pariser Kongress gewesen, sondern hat, was seines Amtes war, die Mandate der damaligen Delegierten, Walthar und Pöyöb, mit unterzeichnet. Es ist dabei ein kleiner Formfehler unterlaufen, der natürlich gerügt worden ist, der aber weder eine „Unlauterkeit“ war, noch dazu geführt hat, daß Schlegel eines „Unlauteren“ entbunden“ wurde. Schlegel ist in Wirklichkeit überhaupt nicht „entbunden“ worden, sondern hat seine Vertiner Stellung als Solbaltärer von selbst aufgegeben als den damaligen Delegierten Vorwürfe gemacht wurden, die er für unberechtigt hielt.

Gegenüber Albert mußte Strohsfeld nichts anderes vorzubringen, als daß — Reklamerie im „Korrespondenz“ in einem Artikel ähnlich geartet habe. Albert erbot sich, den gegenteiligen Beweis für die Strohsfeldschen Behauptungen zu erbringen, aber auch abgelehnt davon, was hatte wohl Strohsfeld für ein Recht, sich behaupten, die ein Reklamerie in einem Streik erbot, zu eigen zu machen und ohne allen Anlaß, lediglich um Schimpfen und beleidigen zu können, weiter zu verbreiten? Der Gegenbeweis des Genossen Albert wurde leider von selbst überflüssig, da Strohsfeld zu geben mußte, gar keinen Anhalt für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu haben und damit für das Gericht die Strafbarkeit Strohsfelds ohne den Gegenbeweis feststand.

Gegenüber Kapelle hatte Strohsfeld in einer Verammlung gemachte Ausführungen verbreitet und zwar sie so zurechtgedreht, als habe Kapelle sich selbst als einen „Lumpen“ bezeichnet!

Eine sehr sonderbare Rolle spielte übrigens in dem Prozeß der erwähnte Kaiserdepotierte Hirsch, der sich in letzter Zeit, nachdem er der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt, bei den Strohsfeldschen Hirschen angeheftet hat. Er wollte nicht bekräftigen, den Taler aus der Verammlung erhalten zu haben, doch könne er sich „an nichts mehr erinnern!“ Er wollte mit den Verbrechern nichts mehr zu tun haben, denn zwei Drittel von ihnen seien — Reklamerie! Es wurde durch die eidliche Aussage anderer zu dem festgehalten, daß Hirsch vor etwa zwei Wochen noch selbst erklärt hat, die drei Mark erhalten zu haben und es wurde auch festgestellt, daß er sie wirklich erhalten hat.

Hierauf bezeugten die Waidweber. Rechtsanwalt Pinner als Vertreter Schlegels beantragte, eine Gefängnisstrafe über Strohsfeld zu verhängen. Der Vorwurf des Verbrechens des Diebstahls und der Unlauterkeit könne durch eine Geldstrafe umwandelbar gelöst sein. Der Artikel sei zwar sehr ungeschickt abgefaßt und zum Teil auch beweislos unverständlich geschrieben, aber das gehe mit aller Deutlichkeit daraus hervor, daß der Angeklagte mit einem Artikel nichts anderes bezweckt habe, als zu verleumden und zu beleidigen.

Rechtsanwalt Simon als Vertreter von Albert und Kapelle verteidigte ebenfalls die Meinung, daß in diesem Falle eine Gefängnisstrafe angebracht sei. Er handelte sich um Verleumdungen und Beschimpfungen, die Strohsfeld, wie dem Gericht bekannt, geradezu erwirbt und berufsmäßig betreibt. Der Angeklagte Strohsfeld betrachte die „Schlesische Arbeiterzeitung“ nicht als ein Blatt zur Aufklärung der Arbeiter, sondern nur als Abladeplatz für seine Schimpferien. Er müsse in Betracht gezogen werden, daß Strohsfeld ein sehr gefährlicher Mann ist, der auch aus dem geringsten Anlaß zum Gericht läuft, und wenn ein solcher Mann in so massiver Weise schimpft und beleidigt, verdient er eine exemplarische Strafe.

Nachdem dem Rechtsanwalt Pinnermann als Verteidiger des Strohsfeld eine längere Entschuldigungsrede für seinen Klienten gehalten hatte, gab Genosse Albert die Erklärung ab, er sei nicht derselben Meinung als sein Verteidiger, der Strohsfeld ins Gefängnis gebracht wissen wollte. So viel Ehre dürfe man dem Strohsfeld nicht antun, daß man Strohsfeld schließlich als Mäurer auswies. Ihm genüge es, wenn er an der Mindeststrafe von 1 Mt. verurteilt würde. Es wäre ihm auch egal, wenn Strohsfeld zu zehn Pfennigen Strafe verurteilt werden könnte. Die Hauptsache sei, daß festgestellt werde, daß sämtliche erhobene Anklagen nur Verleumdungen darstellten, denn sonst verurteilt und verächtlich der Mann noch weiter. Strohsfeld sei wie die Beweisannahme gezeigt habe, nicht seiner Ehre immer mächtig, er habe den feinsten Verstand, zu verleumden und nachdem er noch vorher, als seine Behauptungen bereits von seinem eigenen Werte dicker ausgegeben waren, diese trotzdem eigenmächtig erheben habe, sollte es in Albert, garnicht wundern, wenn demnach Strohsfeld dreißig behauptet, wir hätten Pferde der hiesigen Post gefohlen. Er, A., hätte auch nur deshalb Strafantrag gestellt, weil Strohsfeld die „Vollmacht“ feilscht und veräußert habe. Da habe man einmal zeigen müssen, auf welche dunkle Gedanken man sich dieser Mann bei seinen trivolen Behauptungen stütze und mit welcher bodenloser Leichtfertigkeit er arde e seine Schimpfe. Wir selbst würden schon für den Ausdruck „Streikbrecher“

auf Wochen und Monate ins Gefängnis gesteckt, es wäre also nur zu annehmbar, dem Strohsfeld zu zeigen, daß seine Verdächtigungen einmal ein Ende haben müßten.

Rechtsanwalt Pinner erwidert darauf, er, für seine Partei, könne es nicht für gut finden, wenn Strohsfeld nicht ins Gefängnis fahre; er wünsche vielmehr, daß ihm diejenige Strafe auferlegt werde, die er sich verdient habe.

Das Urteil lautete gegen Strohsfeld auf 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht habe erwogen, ob nicht bei der Schwere der Verleumdungen eine Gefängnisstrafe am Platze sei. Der Umstand aber, daß der Angeklagte den Artikel vielleicht in der Erregung geschrieben habe, sei für das Gericht Anlaß gewesen, noch einmal auf eine Geldstrafe zu erkennen. Diese Strafe mußte aber entsprechend hoch bemessen werden, da es sich um geradezu unerhörte Angriffe handelte und der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis vollständig in Mangel sei. Der Reklamerie der „Schlesischen Arbeiterzeitung“, Lechner, wurde zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den Strohsfeldschen Verleumdungen Ausnahme gewährt hatte. Sämtliche Kosten, auch die der Richter, haben die Verurteilten zu tragen.

Vielleicht sehen nun auch endlich die von Strohsfeld belagerten Gewerksvereiner ein, welchem Unwürdigen sie bisher immer noch gefolgt sind.

Ein riesiges Korruptionsnest

scheint sich im hiesigen Wirtschaft- und Credit-Verein Schlesischer Hausbesitzer breit gemacht zu haben, wie folgendes und zugehendes Zirkular beweist:

„Donnerstag, den 5. November 1908, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Saale des Hotels „König von Ungarn“, Büchsenstraße, eine große Protest-Verammlung von gegenwärtigen sowie noch künftigen Mitgliedern statt. Ihr Erscheinen ist dringend notwendig, denn unseren Verein, dessen hoffbares Mittel Sie noch sind, hat jetzt ein furchtbarer Desertion getroffen. 40.000 Mark hat unsere Genossenschaft durch Reichsgerichtsentscheidung am 14. 10. 08 wegen „Willemsbruch“ verloren. Dazu kommen vielleicht noch ca. 8.000 Mark Kosten.

Die Besonnenen Elemente unseres Vereins, welche der Genossenschaft einst wirtschaftliche Kraft gaben, wurden aus dem Verein ausgeschlossen, wer gegen die Wirtschaft und die Prozeßsucht opponierte und diese gekette, der wurde als Gegner gedrängelt. Ein großer Teil der Genossen ist ausgeschlossen! Den übrigen bleibt als Dank für das blinde Vertrauen zum Vorstand und Ausschussrat das Recht noch, zu bezahlen. — In kurzer Zeit hat der Verein elf Prozesse verloren! Viele tausend Mark Kosten sind entstanden und immer neue Prozesse stehen bevor. Nachmals wiederholen wir unseren Protest vom 30. März 1908: Fort mit allen Prozessen, sie ernähren nur einen Mann!!!

Genossen! Das ist der Weg zu Bankrott! Der Verein hat durch die heillosen Wirtschaft längst seine Existenzberechtigung verloren. Die Genossenschaft ist nur noch ein Wohlfahrts-Institut für gewisse Herren, die genügend bekannt sind. Der Verein ist vermögenslos. Die Mitgliederzahl wird immer kleiner. Die letzte Bilanz, (die sehr künstlich „gemacht“ wurde), zeigt schon einen Fehlbetrag von ca. 8000 Mark. Die Grundstücke der Genossenschaft bringen statt Zinsen nur Sorgen und Verluste.

Die Villa in Willemsbruch kostet dem Verein über 150.000 Mark, die Mietentnahmen langen kaum hin, die Unterhaltungskosten, Zinsen etc., welche mehrere tausend Mark betragen, zu decken. Rechtsanwält Dattrop selbst sitzt in einer Lage gegen den Verleger Werke den Wert der Villa auf höchstens 100.000 Mark an, in der Bilanz wurde diese mit 150.000 Mark, (um die Mitglieder zu täuschen), bewertet. In W. beträgt der Verlust allein über 50.000 Mark! In den Grundstücken Büchsenstraße und Willemsbruch stehen neue Verluste von zirka 12.000 Mark bevor.

Genossen! Das ist wirtschaftlicher Selbstmord! Tretet zusammen und macht der heillosen Wirtschaft schnell ein Ende. Noch ist's Zeit! Vorstand-Mitglieder, welche Gelder mit kostspieligen Prozessen verpulvern, hohe Gehälter und Provisionen geschluckt und sich gegenseitig Hunderttausende gepumpt, müssen schnell von der Bildfläche verschwinden!

Sämtliche Vorstands- und Ausschussrats-Mitglieder müssen in der General-Verammlung gezwungen werden, ihre Konten niederzulegen.“

Wir werden über die Resultate der Protest-Verammlung berichten. Seltsam muß es auch hier erscheinen, daß damals heute die Sache von den Dresdener Blättern totgeschwiegen, bemüht wird.

Gerechtigkeit werde geküßt. Die unmenliche Härte des Rückfallparagrafen zeigt sich neuerdings bei 2 am Landgericht in Ansbach. Ein landwirtschaftlicher Arbeiter hatte in einer Wittschaft gezecht und war nicht inlands, seine geringfügige Fehle zu bezahlen, außerdem lockte er in zwei Fällen von Bayern in eine Wirt als sogenanntes Dinagelb heraus. Der Staatsanwalt beantragte für jedes dieser Delikte drei Monate Gefängnis, insgesamt also neun Monate. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von fünf Monaten verurteilt. Ein Schneidermeister hatte sich von einem Kunden einige Mark Vorläufe geben lassen, um Putaten zu einem Buzug zu kaufen, er verwendete aber das Geld zu einem anderen Zweck, da er sich in großer Notlage befand. Der Buzug wurde nicht geliefert, der Kunde hatte keinen Pfennig Schaden. Wegen Unterschlagung wurde der Schneidermeister zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er war wegen eines geringfügigen Eigentumsdeliktes schon verurteilt.

Diese beiden verhältnismäßig harten Urteile rechtfertigen wiederum das Verlangen nach Aufhebung des Rückfallparagrafen.

Freiwild. Ein empörender Vorgang hat sich in einer der letzten Nächte am Gefängnis in Berlin abspielte. In dem Hause Volksstraße 5 wohnte die 24jährige Prostituierte Therese Stein. Das junge Mädchen schuldete ihrem Wirt für längere Zeit das Mietgeld und am Sonntagabend wollte es ansuchen. Der Wirt verweigerte dies aber dadurch, daß er die St. in ihrem Zimmer einschloß. Eine Freundin, die früher erschien, öffnete die Tür wieder mit einem Nachschlüssel und als die beiden jungen Mädchen jetzt herein „rücken“ wollten, schloß sie der Wirt beide ein und ließ die Polizei herbei. Auf Furcht, mit der Behörde in Konflikt zu kommen, klagte sich die St. aus dem Fenster hinaus und blieb mit gebrochenen Gliedern auf dem Bürgersteig liegen. Die Schenkler, die bald darauf eintrafen, schafften die Kranke, die beide Arme und Beine gebrochen und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, nach der Mühlgraben, wo sie hoffnungslos darniederliegt. — Wird der Hauswirt nun wegen der Freiheitsberaubung, die den Anlaß zu dem unglücklichen Geschehen gab, belangt werden, oder wird die traurige Angelegenheit mit dem voraussetzlichen Tode des Mädchens, das „nur eine Dime“ war, erledigt sein?

Den auffeuerregenden Diebstählen in der Exakter Königlich-Schwabacher ist man auf eigenmächtige Art auf die Spur gekommen. Eine auf dem Exakter Bahnhof schon einige Tage langende Fährte konnte nicht an die Adresse abgelesen werden; si wurde geküßt und zur Überwindung aller Schwierigkeiten man dem Gewerksvereiner. Sofort wurde an die Gewerksvereiner berichtet und die Fährte nach Jella St. Platte b. J. man über die Fährte über die Fährte. Es hat man brandgeklagt.

daß in der Gewerksfabrik schon seit langer Zeit Diebstähle und Unterschlagungen in erheblichem Umfange stattgefunden haben. Ein Doppelmelde, ein Meister und der Sohn des letzteren wurden bereits verhaftet. Es stehen noch einige weitere Verhaftungen bevor, besonders seien noch einige alte Helfer und Vermittler tätig gewesen Personen von auswärts verhaftet worden, so auch ein Agent in Suhl.

Zu der Königlich-Gewerksfabrik wird kein Arbeiter beschäftigt, der gewerkschaftlich oder gar politisch organisiert ist oder mit solchen Arbeitern verkehrt; ein dort beschäftigter Arbeiter, der sich etwa erlauben sollte, eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen, würde sofort auf die Straße fliegen. Es können also nur ganz einwandfreie Staats- und Ordnungsgelassen in Betracht kommen.

Eine Spur in der Nordstraße Steinheil. Die Ermordung des Pariser Malers Steinheil und seiner Schwägerin, die im Frühjahr dieses Jahres so großes Aufsehen erregte, konnte bisher noch immer nicht aufgeklärt werden. Von den maßgebenden Männern, die in die Villa des Malers einbrachen, fehlt jede Spur. Erst jetzt scheint die Galtia des ermordeten Malers einen Anhalt für die Person der Mörder gewonnen zu haben. Madame Steinheil hat herangezogen, daß am Abend des 23. Mai — am Vorabend des Festes — drei schwarze Katzen, wie sie in der Nordstraße in der Gegend trugen, aus der Garderobe des „Gebrüder Theaters“ in der Rue Saint Denis geholt wurden. Der Kollimier, der auf angesetzt war, ist inzwischen aus dem Druß geschieden und vorläufig nicht aufzufinden.

Erstakt. Aus Düsseldorf wird gemeldet: In Kettwig sind gestern Morgen der Steinbrucharbeiter Hermann Pöhlenbad, seine Frau und zwei seiner Kinder in den Betten tot aufgefunden worden. Der Tod ist durch Erstickung eingetreten, anscheinend infolge der Gaserne in der Stube brennenden Petroleumlampen. Die im Nebenzimmer schlafenden Kinder blieben unverletzt.

Die Nordtaten der „roten Bande“. Seit ungefähr vier Jahren wurden die in der Provinz an der Dime und an der Dime von einer Mördergesellschaft begangen. Die Bande verübte Mord auf Mord, ohne daß es der Polizei gelang, die Täter zu verhaften. Die verdinglichten Bewohner jener Gegenden sprechen nun von dem unheimlichen Treiben der „roten Bande“, die allen Vorkämpfern zum Tod immer wieder eine neue Bluttat auf ihre Schuldlosen frigen. Jetzt endlich haben berittene Gendarmen aus Pöhlenbad Mitglieder dieser Bande verhaftet. Die Gesellschaft „arbeitete“ nach einem bestimmten System, und alle Nordtaten waren in gleicher Weise „inzeniert“. Sie ermordeten nur Greise, die in allen lebenden Häusern auf dem Lande wohnten. Bei Einbruch der Dunkelheit wurde die Behausung des Opfers umzingelt. Der Gesangte wurde herausgelockt und dem Spitz und Traut angezogen. Dann führte die ganze Bande in das Haus, fesselte den

Alten und ließ sich an schmecken. Nachdem der Gefesselte angraben, wo er sein Geld und etwaige Kostbarkeiten aufbewahrt, wurde er mit einer schweren Keule erschlagen. Die Mörder raubten das Geld, tranken und schmaukten in Gegenwart der Leiche weiter und verließen im Morgengrauen die Nordstraße. Auf diese Weise haben sie, wie die Untersuchung bisher ergeben hat, vierzig Greise und eine alte Frau von 72 Jahren erschlagen.

Nur in einem Falle änderten sie ihre Taktik. Bei einem Ueberfall in der Nähe von Mexan hatten sie Waffen angelegt. Als den Mörder nicht geöffnet wurde, kletterten sie auf das Dach und ließen sich durch den Schornstein in die Wohnung hinunter. Der Ueberfallene holte kein Gewehr und wollte schlafen. Aber die alte und lange nicht mehr benutzte Flinten verlagte zum Unalld. Man fand den Alten am nächsten Morgen noch lebend mit einer klaffenden Wunde im Schädel. Er starb aber bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Unvergleichlich gebürtigen fünfzehn Personen in der Bande. Einer von ihnen wurde aber von den Komplizen wegen Ungehorsams ermordet. Er sollte an einem Abend zwei Greise erschlagen. Da er sich weigerte, wurde er von seinen Stiefbrüdern getötet. Um die Verbrecher zu täuschen und die Spuren zu verwischen, zogen sie dem Leichnam eine irdenwoher gestohlene Uniform des 75. Infanterieregiments an, stecken in dem Uniformrock einen Zettel mit der Aufschrift: „Der Kolonel erlaubt dem Soldaten Komazio, außerhalb der Kaserne zu essen!“ und ließen den Körper im Chautier-araben liegen. Und in der Tat vermochte man damals die Identität des Ermordeten nicht festzustellen. Er mußte als unbekannter Toter beerdigt werden. In allgemeinen ist die „Ernte“ an Geld, die die rote Bande gemacht hat, nicht groß gewesen. Nur in einem Falle erbeuteten sie 75.000 Francs.

Warnungsscheine für Wilderer und Schmuggler. In Drellentamp in Holland, dicht bei der deutschen Grenze, gibt es unter den zerstreut wohnenden Bauern zahlreiche Schmuggler und Wilderer. Nirgendwo findet man so viele Hühner und Gänse. Kommen deutsche oder holländische Zollbeamte in die Nähe einer der zerstreut liegenden Wohnungen, dann erscheint sofort die Fährte auf dem Hühnerweg vor der Hühner und zukt mit außerordentlichem Stimmenaufwand: „Kiep, kiep, kiep!“ Die Hühner erscheinen auf der Bildfläche, aber auch die Nachbarschaften, die ebenfalls das Bedürfnis fühlen, ihre Hühner zu töden. Und so hört man denn auf hundertweisem Abstand den Ruf: „Kiep, kiep, kiep!“ Die Schmuggler wissen nun ganz genau, wer in der Nähe ist, und die Hühner können unverrichteter Dinge nach Hause gehen. Sind Bauern im Feld, um zu wüthen, und es läßt sich ein Hühnerhahn oder Gansdarum bilden, so löst vöglig die Bäuerin mit lauter Stimme ihren Rufe. Und „Karo! Karo!“ hallt das Echo stundenweit. Auch der Wilderer schämt Karo zu heißen, denn nach kleiner Weile kommt er mit dem harmlosesten Gesicht von der Welt angelanien und fragt: „Au Mutter, was ist los?“

Dehise als - Souffleur.

Nichters Dollgeres gleibts, als den Blockfreisinn und seine Schmutzigkeiten zu beobachten. Die Furcht, den Bülow, den Vater und Seeliger des Blocks, zu verlernen, verleiht die Blockfreisinnigen zu einem Vortan, der zwerchfellerkühlernd wirkt. Wir behaupten, daß es zurzeit in seinem Varietee Breslau so uftig zugeht, wie z. B. in der „Breslauer Zeitung“. An solchen Tagen nämlich, wo sie als politische Clown keine Beschäftigung findet, betätigt sie sich als roter Kradler der blamierten Regierung, und heute kommt es ihr gar in den Sinn, sich in den Souffleurkasten des politischen Theaters zu setzen und Bülow'n seine Rolle in der Komödie: „Ungelesene Kaiserbriefe“ oder „Wie ich Wilhelm liebe“, zu soufflieren.

Im Ernst: Die „Bresl. Ztg.“ hält es, ganz wie damals, als Bülow wegen seines Kneifens in der Wahlrechtsfrage in Verlegenheit und tausend Angsten war, für notwendig, dem Kanzler einzublasen, wie er sich aus der Patsche heraus-schwindeln soll! Dehise schreibt nämlich - man muß das schon im Wortlaut genießen, um es voll würdigen und den neuen Amtsstill des Blockfreisinn bewundern zu können - wörtlich folgendes:

„Die Kanzlerkrisis kann als beendet angesehen werden, und zwar in einem dem Fürsten Bülow gegenüber. Das Wort, daß Fürst Bülow ein Kind des Glückes sei, bewährt sich auch diesmal. Mein ausführendes Amt als Stellvertreter stand, auf einem Gebiete, das mit den schwersten Fragen, die seine Stellung einschütterten, nicht das geringste zu tun hat und wofür die drohenden Weiterabzügen. Die eben erschienenen Steuerentwürfe sind es, die nunmehr alle Gemüter im Deutschen Reich so stark beschäftigen werden, daß die Diskussion vor dem Reichstagsparlament abgefaßt wird. Zugleich beruhigen sich dann die Gemüter über die in dieser größeren Ruhe wird man erwidern, daß der Wechsel in der höchsten Reichsstelle in einem Augenblick unmöglich epporun erscheinen kann, wo die Lage der auswärtigen Politik immerhin recht gespannt ist, und man einen Staatsmann von altem Namen und altem Erfahrungs- und geschichtlichen Werkstoff zu was? Red. d. B.) an die Stelle des Fürsten Bülow zu setzen außerstande ist. Vor dem Reichstage, wo dem Fürsten Bülow allerdings recht unangenehme Auseinandersetzungen drohen, wird er sich voraussichtlich auf den Verteidigungspunkt stellen, daß das Personal im auswärtigen Amt und in der Reichskanzlei ein nicht ausreichendes sei, und daß ein neuer Direktor, vielleicht auch mehrere, oder ein neuer Unterstaatssekretär und was derlei noch mehr ist, unbedingt notwendig sei. Wenn er sich dem enorm vermehrten Geschäftsdrange in Zukunft mit seiner Verantwortlichkeit besser gewachsen zeigen soll. Das wird bewilligt werden, (Eleser Elter! Man bewilligt im Freisinn schon, was man noch nicht einmal kennt! Red. d. B.), und damit dürfte dann der Zwischenfall erledigt sein. (1) Gegen die Vorwürfe, daß Fürst Bülow solche Vorwürfe auf dem Gebiete des Personalbestandes nicht früher gemacht habe, wird sich Fürst Bülow auf die großen Schwierigkeiten berufen können, die der Reichstag in solchen Fragen zu machen pflegt. (Wer steigt sogar der Reichstag einen Trit! Red. d. B.), wenn ihm der Posten nicht ad oculos demonstriert werde; habe doch Fürst Bülow einmal sogar den Reichstag anrufen müssen, um eine dritte Direktorstelle im auswärtigen Amt durchzusetzen. Alles in allem, Fürst Bülow wird uns vorläufig erhalten bleiben, wenn nicht neue Umstände das Bild der gegenwärtigen Situation wiederum völlig verstellen.“

Die um ihren warmen Platz im Gebette besorgt „Bresl. Zeitung“ verrät in diesen Zeilen dreierlei: Ihre närrische Angst, unter einem neuen Kanzler aus dem Block herauszufallen, weitens, daß Bülow ein Schauspieler ist, der dem Reichstage eine Klumerei vorlegen soll und drittens, daß er ein schlechter Schauspieler ist, der, wie es in der Sprache der Wimen heißt, an Vindfäden seine faulen Ausreden erst aus dem Souffleurkasten zu ziehen hat.

Ein überwältigend komisches Bild, dieser Blockfreisinn und seine Sucht, wenigstens eine Rolle in der lächerlichen Komödie der unfähigen Diplomatie zu spielen!

Unsere Hausagrarier.

Neben den Agrariern gelten die Hausbesitzer als die reichlichste Vertreter ihrer Interessen, die ja alles andre als Gemeininteressen sind. Dabei kommt ihnen die Gesetzgebung wesentlich zu Hilfe. So enthält ja das Bürgerliche Gesetzbuch über das Verhältnis zwischen Wirt und Mieter eine Reihe von Bestimmungen, die den Anschein erwecken, als seien sie zum Schutze des Mieters erlassen, die aber den Nachteil (die Hausbesitzer sagen Vorteil) haben, daß sie durch Vertrag aufgehoben werden können. So bestimmt unter anderem das Bürgerliche Gesetzbuch, daß der Vermieter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen kann, wenn der Mieter für zwei aufeinander folgende Termine mit der Entrichtung des Mietzinses oder eines Teils im Verzug ist. Bahnt also der Mieter den Mietzins pfortentlich, so könnte er nach diesen Bestimmungen erst seines Obdaches beraubt werden, wenn er - bei Vorausbezahlung der Miete - ein Vierteljahr keine Miete bezahlt hätte. Diese dem Mieter, als dem wirtschaftlich schwächeren Kontrahenten günstige Bestimmungen kann aber durch Vertrag aufgehoben werden, was auch in den meisten Fällen geschieht. Denn die Herren Hausagrarier haben Nutzen und Zweck der Organisation begriffen und sich zu Vereinen zusammengeschlossen, die den Mieter ihren Willen aufzwingen. In in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Pfortlose als der wirtschaftlich Schwächere dem Besitzenden als dem wirtschaftlich Stärkeren schon im voraus unterworfen, so noch mehr, wo sich der wirtschaftlich Stärkere organisiert und keinen ebenbürtigen Gegner in einer Organisation der Pfortlosen findet. Besonders die Hausbesitzer. Das kommt am prägnantesten zum Ausdruck in den Mietverträgen, die die Hausbesitzer den Mietern vorlegen lassen. Alle durch das Bürgerliche Gesetzbuch dem Mieter gewährten Schutzbestimmungen sind, so weit gesetzlich nur irgend möglich, durch diese Mietverträge aufgehoben. Wie rückwärtslos diese Bestimmungen gegen die Mieter von den Hausagrarier angewendet wird, haben viele Mieter zu spüren bekommen und zeigt wieder deutlich nachstehender Fall:

Ein Mieter des Stadtteils K. in B. war am 1. Juli dieses Jahres nicht in der Lage, die Miete - 30 Mark - auf einen Brett hinzulegen; Herr A. mußte sich mit 30 Mark beschaffen. Am 25. Juli erhielt Herr A. auf eine liebevolle Mahnung von der Frau des Mieters weitere 30 Mark und das Versprechen, den Rest auch bald zu zahlen. Als die Leute nicht in der Lage waren, den Rest von 30 Mark abzuhängen, erhielten sie von Herrn A. ein Schreiben, in dem ihnen kurz und bündig erklärt wurde, daß das Geld binnen zwei Tagen bezahlt sein solle, andernfalls ungesäumt andere Schritte unternommen würden. Als diese Frist verstrichen war, ließ Herr A. zum Gericht und legte dort auf sofortige Räumung der Wohnung, obwohl die Miete bis zum Ablauf des Monats bezahlt war. Am 31. des Monats erhielt Herr A. jedoch den Rest der Miete. Obwohl er nun voll befriedigt war, ließ er doch die Räumungsfrage weiter aben. Konnte er sich doch auf den Hausbesitzerberath-

berath tagen. So lang es denn zum Prozeß, und die Pforten wurden verurteilt, die Wohnung zu räumen, obwohl sie bezahlt war. In Erkenntnis der Sachlage lehnten sie eine angebotene Räumungsbill ab. Einige Tage später wurde dann die Familie auf die Straße gesetzt, obwohl die Wohnung bezahlt war. Das aus einer sehr ermittelten Familie wird, kümmert unsere Herren Hausbesitzer natürlich verneinlich wenig. Die Gesetzgebung, die selbst nach bürgerlichen Begriffen, das Wohl der Gesamtheit im Auge haben soll, verlagert hier wie immer, wo es sich um den Schutz der wirtschaftlich Schwachen handelt. Um so mehr aber ist es Pflicht dieser wirtschaftlich Schwachen, sich zusammenzuschließen, um die Befestigung solcher menschenunwürdiger Zustände zu erreichen.

„Ach bitte entschuldigen Sie, bitte verzeihen Sie!“

Es magelt! Da ich alleine zu Hause bin, gehe ich und öffne. Der mir steht eine Frau in mittleren Jahren mit zwei Kindern an der Hand. Die Frau nordbrillig gekleidet, das Gesicht schmal, die Augen liegen tief in ihren Höhlen. Die Kinder sehen mich mit ihren lieben blauen Augen bittend an. „Bitte entschuldigen Sie“ - kniet es sich von den Knien, gleichzeitig zeigt sie auf die Kinder und schlägt besänftigend die Augen nieder. Tief ergriffen von diesem grenzenlosen Elend, brühe ich der Frau etwas in die Hand und mit einem Blühe auf die göttliche Weltordnung, lehre ich an meine Arbeit zurück. Kann, daß ich mich wieder in die Arbeit verliert habe, geht schon wieder die Klingel. Als ich die Tür öffne, will ich meinen Augen nicht trauen: Vor mir steht ein junger kräftiger Mann, in schäblicher Kleidung gekleidet.

„Bitte verzeihen Sie gültig einem armen Stellenlosen.“ Auf meine Frage: „Sind Sie organisiert?“ steht mich der junge Mann verständnislos an. Der Name Organisation ist ihm absolut fremd. Er ist Kaufmann und 3 Monate außer Stelle. Der Reid muß es ihm lassen, trotzdem ihm der Hunger in den Eingeweiden wühlt, trotzdem er sich den Kopf, als er mir erklärt, daß er „Kaufmann“ ist. All die Bilder der fassenden Erziehung dieses jungen Mannes ziehen in diesem Augenblicke an mir vorüber. Ich fühle ordentlich den Reiz, den man diesen Proletariern im Stehfragen einimpft, damit sie sich auf die Straßentreppe herabschauen.

Als ich diesem jungen Manne klar gelegt hatte, welches eble Bestreben Vorteil und Gewerkschaften haben, da seien auch ihm der Staat geordnet zu sein, denn mit dem Versprechen, so bald er könne, würde er sich organisieren, verabschiedete sich der Mann. Hoffen wir, daß er bald in den Reihen der Klassenkämpfer steht. Leider versprechen es so viele, ohne es zu halten.

Nach in Gedanken mit dem jungen Manne beschäftigt, rastelt mich wieder die Klingel. Ich gebe zur Tür und öffne. Vorgesicht durch die fortwährende Störung will ich die Tür wieder zuwerfen, bleibe aber gebannt an der Stelle stehen. Der Mann, der mich aus den Augen des vor mir stehenden trifft, ist für mich bekümmert. Der Stillschrittige ist diesmal ein Mann von 50 bis 55 Jahren, man erkennt sofort den Handwerker. Auf meine Frage, ob er organisiert ist, sagt er: „Gewerkschaft.“ Durch seine Arbeitslosigkeit hat er die Erwerbslosen-Unterstützung aus dem Verband gezogen und leider die Beiträge nicht mehr entrichten können. Und diesen Mann wollte ich kurz abweisen, ich schämte mich. Ich atmete wieder auf, als der Mann mich verlassen hatte.

Meine Ruhe zum Arbeiten war dahin, denn an diesem Nachmittag kamen nicht weniger als acht arme Menschenkinder, die die Klingel zogen. Inmitten durch dieses grauenhafte Elend stellte ich Betrachtungen über die herrliche göttliche Weltordnung an. In der Bibel steht: „Ohne den Willen meines Vaters fällt kein Sperling vom Dache.“ Aber wie steht es mit der „Schöpfung höchsten Tier“, dem Menschen, aus? Der Mensch kann elendiglich zu Grunde gehen, wenn er nicht das Glück gehabt hat, einen reichen Vater zu besitzen oder sich ein Vermögen zu ergattern. In der Zeit des Übermäßigen Luxus, wo die Damen der oberen Jahntausend sich Schmuckstücke kaufen lassen, die tausende von Mark kosten, wo die Guldengra-Prozesse den Stark dieser bis ins Innerste verfaulenden Gesellschaftsordnung in die Luft blasen, muß das Volk, das alle diese Werte schafft, obdachlos und hungernd sein Dasein fristen. Und trotz all dem Elend sollen wieder neue Steuern aus den Taschen des armen Volkes geholt werden. Wie lange noch wird das Volk hungern? Wie lange wird das Proletariat geduldet bleiben? Wann wird es endlich einsehen, welche Partei sein Interesse vertritt? Wird das Volk sich noch länger an dem Wängelbande der Blockpolitik lassen lassen? Wird die jekiae Krise dem Volke die Augen öffnen? Goffen wir es. W. N.

Ein eigenes Heim für die Breslauer Metallarbeiter?

In der am Dienstag abgehaltenen ordentlichen Mitgliederversammlung der Metallarbeiter wurde die Abrechnung für das dritte Quartal 1908 gegeben. Das Ergebnis ist ein erfreuliches. Die Mitgliederzahl der Verwaltungskasse Breslau ist trotz der wirtschaftlichen Krise, die alle Berufe ergriffen hat, nicht zurückgegangen, sondern hat sich noch um etwas vermehrt. Sie zählt gegenwärtig 5300 zahlende Mitglieder. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen einschließlich des Vorabzuges vom zweiten Quartal von 8119,52 Mark insgesamt 48538,87 Mark. An Erwerbsofen durch Frankfurter wurden an Unterstützung gezahlt 13455 15 Mk., durch Sozialer Unfällen 887,90 Mk., zusammen mehr als 22.000 Mk. An die Hauptkasse wurden 11.500 Mk. abgeliefert. Die Sozialkasse hatte eine Einnahme einschließlich des Vorabzuges insgesamt 4276,80 Mk., und eine Veranlassung von 6657 29 Mk. Aufwand für das 4. Quartal 36049,51 Mk. Dem Vorstande wurde Entlassung erteilt.

Nach Erledigung der Pfortenrechnung brachte Genosse Philipp eine wichtige Angelegenheit vor. Die Ortsverwaltung befaßt sich mit dem Plane, ein eigenes Büro und Büro für Verwaltungszwecke zu erwerben. Bereits ist ein Projekt gefaßt, aber noch nicht zur Durchführung gebracht, da dem Bauabstand noch Schwierigkeiten entgegenstehen. Der Antrag der Ortsverwaltung ging dahin, ihr Postamt an erteilt zum Erwerb eines Grundstücks. Philipp erklärte die Notwendigkeit, andere Bureauräume zu schaffen, da die jetzigen bei dem gesteigerten Verkehr bei weitem nicht mehr auslangen und sich bereits Mängel ereignen hätten. Schließlich erklärte sich die Versammlung einstimmig für den Erwerb eines eigenen Verwaltungshauses und erweiterte ihre Zustimmung noch in der Weise, daß, falls das schwappende Projekt nicht zur Durchführung kommen sollte, die Ortsverwaltung ermächtigt ist, Schritte zu tun, ein anderes geeignetes Grundstück zu erwerben. Die Mitteilung über die gerichtliche Verurteilung von Strohsfeld (siehe an anderer Stelle) rief stürmischen Beifall hervor.

Das Schauspielhaus vor dem Gewerbegericht. Die Theaterbesucher wie auch die Gäste des neuen Theaters besaßen ein Recht über zu große Miete und man kann darüber nach, wie dem Hebelnabe abzuwehren ist. Eine genaue Darstellung von sachverständiger Seite ergab die Tatsache, daß die Preizung nicht richtig platziert sei und verweist werden müsse, wenn eine gleichmäßige Wärme erzielt werden sollte. Von einer Firma für Heizungsanlagen wurde ein Kostenausschlag für die Verlegung eingese det. Diese aber verlangte einen sehr hohen Preis. Der Oberbeizir des Theaters erbot sich, die Heizungsanlage selbst zu verlegen und berechnete, daß dann die Kosten sich viel geringer stellen würden. Dem Oberbeizir wurde denn auch die Arbeit für das Theater und die Theater-Bar übertragen und er führte sie auch zur Zufriedenheit der Direktion aus. Wie der Beizir richtig kalkuliert hatte, sind durch die Ausführung der Arbeit in eigener Regie erhebliche Ersparnisse gemacht worden. Aber er selbst ist nicht auf eine Rechnung gekommen. Es sind Differenzen entstanden, die jetzt vor dem Gewerbegericht ausgetragen werden.

Der Oberbeizir klagt gegen den Direktor Mieter wegen einer Vertragsverletzung von fünfzig Mark für die Veranlassung in dem Theater und zwanzig Mark für die Bar, außerdem noch zwanzig Mark für geleistete Ueberstunden. Der Kläger

berief sich auf das Renais des Direktor Eger, daß ihm von der freibestellenden Durchführungs des Auftrages eine Gratifikation zufließen würde. Der Beizir bestritt diese Angabe, indem er behauptete, daß die Gratifikation nicht aus dem Theater, sondern aus dem Theater besaßen. Der Direktor des Theaters erklärte inoffiziell, daß dem Direktor Mieter von einer Gratifikation nichts bekannt sei, er also seine Einwilligung nicht gegeben haben kann. Das Gewerbegericht hatte in dieser in mancherlei Hinsicht interessanten Streitfrage zu prüfen, ob die vom Direktor Eger dem Theater gegebene Versicherung einer Gratifikation für beide Direktoren rechtlich bindend ist, oder ob Beizir nur allein der zur Zahlung verpflichtet ist? Direktor Eger erklärte darauf, daß zwischen Mieter und ihm ein Gesellschaftsvertrag bestünde und zwar mit gleichen Rechten. Es sei zwar über den Vertrag ein Rechtsstreit entstanden, der aber noch nicht entschieden ist. Auf Grund dieser Aussage wurde Direktor Mieter verurteilt, an den Kläger 70 Mark zu zahlen. Für die Bar sei dem Kläger zwar keine Zahlung auf eine besondere Vergütung gemacht worden, das Gericht nahm aber 20 Mark als anzurechnen an. Mit der Forderung auf Ueberstunden wurde Kläger jedoch abgewiesen. Es kam jedoch zwischen den Parteien eine gütliche Einigung auf einen anderen Punkt zustande. Der Beizir hatte nämlich seinen Klagenanspruch wegen unzureichender Gratifikation erwidert. Da Direktor Eger der Ueberpflichtete ist, bot dieser dem Kläger im ganzen (also einschließlich der 70 Mark) eine Abfindung von 175 Mark an, womit der Kläger einverstanden war. Der Beizir ließ die Pforten sich diesem Vergleiche an, womit die Sache erreicht hat.

Ein schwerer Baunfall beschäftigte gestern wieder einmal die Breslauer Straßammer. Am 27. Januar stürzten am Neubauer Berliner Chaussee 38 die Dachbalken Parbe und Dan 38 a durch das noch unvollendete Treppenhause in die Tiefe. Beide erschritten schwerer Verletzungen, denen Hansbach im Krankenhaus erliegen ist. Es hatten sich beidseitig der Baununternehmer Brückner, der Maurer Klose und der Baumeister Tischberg wegen fahrlässiger Führung zu verantworten, da der Unfall erst die mangelhafte Beschaffenheit der Schutzvorrichtungen zurückzuführen war. Sie wurden jedoch freigesprochen, da an dem fraglichen Gerüst von Arbeitern, die mit dem Ausbau beschäftigt gewesen, Veränderungen vorgenommen worden waren und diese das Gerüst nachträglich nicht wieder vollständig in seinen früheren Zustand verlegt hatten. Infolge Fehlens eines früheren vorhandenen Auslasses waren die Veranlassungen dann durchgebrochen.

Ein interessanter Fund wurde nach der „Br. W.-Ztg.“ in der Nähe von Gundskeld gemacht. In dem Winkel zwischen Deller und Weigelsdorfer Chaussee steht eine Pforte. Auf dem zu ihr gehörenden Terrain stehen Arbeiter in einer Tiefe von circa drei Metern. Als dieser nun vorläufig ausgegraben wurde, erwieb er sich als ein Bach von unweit 1,10 Meter Länge. An seinem unteren Ende weist er die Stärke eines Männerarmes, an seinem oberen die eines Handgelenkes auf. Leider wurde durch Unvorsichtigkeit ein Stück vom unteren Ende des Bahns abgeschlagen. Von Interesse dürfte die Mitteilung über die Bodenschichtung des Fundortes sein. Ungefähr 60 Zentimeter beträgt die Schicht Muttererde darunter folgt eine circa 2 Meter dicke Lage von Lehm. Unter dieser lagert Kies, der sich von Wasser durchsetzt ist. In letzterem fließt der Bach aufrecht neben einem Stein. Schon einmal ist in der Nähe von Gundskeld ein wertvoller Fund gemacht worden. Wir erinnern an die Ausbeute in der Kiesgrube zu Sacran.

Aus Sachsen und Polen.

Deutsch-Pissa, 3. November. Uebergriffe eines Polizisten. In unserem freundlichen Westlich-Sächsischen Pforten man nach noch mehr historischem Ruhm zu setzen, und der spätere Geschichtsschreiber wird diesem Bestreben Rechnung tragen müssen. Wenn man später die Mütter der preussischen Polizeigeschichte nachschlagen wird, steht Deutsch-Pissa unter dem Regime seines Bürgermeisters Kubner nicht an letzter Stelle. Die Behandlung einer schwangeren Frau durch den Gendarmerie Kretschmer, das Verhalten der unteren Polizeierorgane im Kampfe der Arbeiterschaft um das Lokal von Senstleben, und verschiedene andere beherrschende Maßnahmen haben unserem Orte auch in neuerer Zeit genug „Ruhm“ verschafft. Heute müssen wir von einem neuen Uebergriffe eines Polizeierbeamten berichten. Zwar ist dieser als Beamter noch nicht fest ange stellt, er fungiert nur ausschließliche als „Sicherheitswächter“, aber er verwaltert sein Amt ganz im Kaiser Sinne. Wir meinen den Hilfs-Polizeiergeanten Kämmler, einen Mann, der, obgleich er wegen eines Hochverdelikts verurteilt wurde, doch berufen wurde, als Sicherheitsorgan zu dienen. Trotz seiner Amtswürde ist er schon mehrfach ange trunken gelehden worden. In Pforten sollerte er vor etwa zehn Tagen einmal unter dem Billard in der Gastwirtschaft von Lorenz herum. Als er von anderen Gästen wegen seines Zustandes befragt wurde, antwortete er in aller Seelenruhe: „Ach, das tanu jedem einmal passieren!“

Am verfloffenen Sonnabend hatte Kämmler seinen Dienst und sah während in Gesellschaft einiger anderer Leute in dem oben genannten Gasthause. Dieses Lokal betreten auch der Schlosser Arthur Fiedler, der Arbeiter Martin Kull und der Tischler Hermann Stober, die sich an einen Tisch setzten und drei Schnitz Bier bestellten. Der wieder ange trunken Kämmler trat in Zivilkleidung an diese drei Arbeiter heran und forderte sie auf, die Kopfbedeckung abzunehmen. Da die Arbeiter der Meinung waren, daß dies nicht zu Kämmlers Obliegenheiten gehöre, entspann sich ein kleiner Wortwechsel. Fiedler hatte seinen Hut bereits abgenommen, setzte ihn aber wieder auf. Bald darauf traten die Arbeiter den Schmeier an. Auf der Straße forderte Kämmler die beiden Nachtwächter Friele und Müller auf, den Fiedler einzusperrern, welcher Aufforderung diese auch nachkamen. Fiedler erbot sich, den Beamten seine Personalien anzugeben und ersuchte sie, ihn freizulassen, da er sich wieder in Arbeit gehen müsse. Kämmler jedoch bestand auf Inhaftierung. Am wurde er von Zuschauern auf das Ungeheuerliche seiner Handlungsweise aufmerksam gemacht. Kämmler aber drohte, jeden mit dem Revolver über den Hauzen zu schießen. Er hatte auch einen Gegenstand in der Hand. Den Transport des Gegenstandes begleitete er nach der Wache. Fiedler wurde am nächsten Morgen, ohne daß ein Protokoll von dem Vorgange aufgenommen wurde, so rechtzeitig entlassen, daß er noch seine Arbeitsstätte auffuchen konnte. Kämmler dagegen hatte ihm bei der Verhaftung angekündigt, daß sein Wunsch auf frühere Haftentlassung nicht erfüllt werden würde. Bei der Verhaftung hat der nicht im Dienst befindliche Kämmler aktiv mit eingegriffen, er kniff den Fiedler dabei derartig in den Arm, daß noch tagelang nachher große blaue Flecke sichtbar waren. Fiedler hat sich letzteres ärztlichseits bestätigen lassen und wird nun Straf antrag gegen Kämmler stellen.

Nach dem Vorgesagten kann doch unmöglich so ein Mann als Sicherheitswächter ange stellt werden. Sollte es trotzdem geschehen, dann muß der Auf: „Schuß vor Schußent!“ lautet denn in erlösen.





